



Eckhard Jesse (Hg.), Friedliche Revolution und deutsche Einheit. Sächsische Bürgerrechtler ziehen Bilanz. Martin Böttger, Wieland Orobko, Heinz Eggert, Matthias Kluge, Wolf-Dieter Beyer, Annemarie Müller, Herbert Wagner, Gunda Röstel, Uwe Schwabe, Tobias Hollitzer, Hansjörg Weigel, Cornelia Matzke, Arnold Vaatz, Matthias Rößler, Christian Führer, Werner Schulz, Berlin 2006 (Ch. Links Verlag), 302 S.

In seinem 2001 herausgegebenen Band „Eine Revolution und ihre Folgen“ ließ der Chemnitzer Politikwissenschaftler Eckhard Jesse 14 bekannte DDR-Bürgerrechtler Bilanz ziehen. Nun folgt ein ähnlicher Band, in dem ausschließlich sächsische Bürgerrechtler zu Wort kommen. Begründet wird dies damit, dass Sachsen 1989/90 eine wichtige, wenn nicht gar entscheidende Rolle gespielt habe. Diese These wird sogleich eindrucksvoll durch den eigenen Beitrag Jesses „Sachsen als Vorreiter“ unter Beweis gestellt. Angesichts der zentralen Geschehnisse in Dresden, Leipzig oder Plauen kann kaum noch bezweifelt werden, dass die friedliche Revolution anders verlaufen wäre, hätten Berliner Akteure allein die Richtung vorgegeben. Dass dies auch für die Demokratisierungsphase gilt, darauf hat frühzeitig Uwe Thaysen mit seiner Unterscheidung zwischen Dresdner und Berliner Pfad der Demokratiefindung hingewiesen. Die Sachsen dachten und agierten weniger zentralistisch und mit weniger Anspruch, für andere zu sprechen. Sie orientierten sich politisch stärker am bundesdeutschen Politikmodell. In ihren Programmwürfen des Herbstes und Winters 1989/90 spielten, anders als etwa in Berlin, sozialistische Alternativen kaum eine Rolle, hier waren früher und deutlicher Forderungen nach deutscher Einheit und parlamentarischer Demokratie zu vernehmen.

Schon deshalb, und weil dies natürlich wiederum nicht für alle gilt, ist es interessant, einige Bürgerrechtler und ihre politischen Vorstellungen von damals und jetzt genauer kennen zu lernen. Was für eine Rolle spielten sie in der DDR und welche Bedeutung hatten sie für den revolutionären Prozess 1989/90? Jesse weist selbst auf das Problem der Definition „sächsische Bürgerrechtler“ hin. Bis 1989 hatte der Begriff „sächsisch“ in Ermangelung eines entsprechenden Landes nicht die heutige Bedeutung; er meint vor allem, dass die vorgestellten Personen auf dem Territorium des heutigen Freistaates agierten. Aber bereits während der friedlichen Revolution änderte sich dies, wie die Beispiele des Neuen Forums oder des Demokratischen Aufbruchs zeigen, die – auch in Ablehnung des „Berliner Kurses“ – bewusst eigene sächsische Wege einschlugen. Ein weiteres, ebenfalls thematisiertes Problem war es für Jesse, Akteure aus unterschiedlichen politischen Lagern und sächsischen Regionen etwa gleichrangig zu präsentieren. Politisch ist dies gelungen, regional ist das aktive Ostsachsen mit Zentren wie Görlitz, Bautzen und Großhennersdorf etwas unterrepräsentiert. Immerhin ging der Antrag auf Bildung des Neuen Forums auf Bezirksebene nicht etwa von Dresden, sondern von hier aus. Als unlösbar hat sich für den

Chemnitzer Politikprofessor das Problem erwiesen, wenigstens die wichtigsten Personen der Bürgerrechtsszene vorzustellen. Zum einen ist ihre Zahl für ein Unterfangen wie das vorliegende zu groß, zum anderen ist die Forschung noch nicht so weit, über alle Rechenschaft ablegen zu können, und schließlich gehen natürlich die Bewertungen darüber auseinander, wer oder was wichtig ist. So ist denn statt Kritik eher der Versuch zu loben, in dieser Hinsicht überhaupt einen ersten Schritt gegangen zu sein. Ausdrücklich verweist Jesse denn auch darauf, dass seine Auswahl vor allem unter pragmatischen Gesichtspunkten erfolgte: Wer hatte Zeit, war ihm bekannt etc. Zumindest listet er fast vierzig weitere Kandidaten auf, die genauso gut hätten beschrieben werden und zu Wort hätten kommen können. Dem Rezensenten fallen beim Schreiben weitere ein, Pfarrer Hanno Schmidt aus Coswig, Andreas Schönfelder aus Großhennersdorf, Volker Bandmann aus Görlitz und so weiter. Bleibt zu hoffen, dass eines Tages ein Kompendium vorliegt, das alle wichtigen Bürgerrechtler und Gegner des SED-Regimes erfasst.

Die Personen, die bei Jesse zu Wort kommen, werden von ihm portraitiert. Er selbst verweist anschließend auf Parallelen und Unterschiede in den Biographien. So sieht er in der Absage an die DDR-Diktatur den Angelpunkt des Denkens der Bürgerrechtler. Dieser „Corporate Identity“ stehen damalige, meist bis in die Gegenwart reichende Unterschiede hinsichtlich eigener politischer Vorstellungen entgegen. Insgesamt aber konstatiert Jesse bei fast allen – im Gegensatz zu vielen Berliner Oppositionellen – eine oft durch christliche Elternhäuser erklärte „distinguierte Bürgerlichkeit“. Trotz der kleinen Auswahl fragt Jesse auch nach anderen denkbaren Kriterien einer möglichen Gruppenbiographie, wie nach dem Alter, prägenden Erfahrungen oder beruflichen Positionen.

Vor allem aber lässt er die Bürgerrechtler und Bürgerrechtlerinnen selbst zu Wort kommen. Ihre eigenen Beiträge geben Vorträge wieder, die diese bei einer Ringvorlesung an der Universität Chemnitz gehalten haben. Dabei orientierten sie sich grob an einem Fragenschema, das es ermöglicht, ihre Stellungnahmen zu vergleichen. Nach Angaben zur Person folgt eine Beschreibung der Positionen in der DDR bzw. in der friedlichen Revolution sowie des heutigen Standortes. Es folgen Fragen, die eine allgemeine politische Einordnung erlauben, und schließlich wird gefragt, ob die Akteure sächsische Besonderheiten der Entwicklung sehen. Auf über 200 Seiten wird so eine Fülle an Details ausgebreitet, die das Buch zu einer Fundgrube für politisch und historisch Interessierte macht. Nach der Lektüre versteht man nicht nur mögliche Gründe des Opponierens gegen das SED-Regime besser, sondern auch einige Besonderheiten heutiger sächsischer Landespolitik, die ihre Ursachen im Zusammentreffen früherer Mitläufer des Systems und eher kritischer Geister haben.

Michael Richter, Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung e. V. an der Technischen Universität Dresden, D-01062 Dresden.



Wulf Kellerwessel, Michael Walzers kommunitaristische Moralphilosophie, Münster 2005 (LIT-Verlag), 144 S.

Michael Walzer ist einer der prominentesten Sozialphilosophen der Gegenwart und gilt als einer der führenden Vertreter des Kommunitarismus. In Deutschland ist Walzer vor allem durch seine politischen Arbeiten und sein Buch über „Gerechte und ungerechte Kriege“ bekannt geworden. Starke Beachtung fanden seine öffentlichen Stellungnahmen zum Irakkrieg und dem amerikanischen Krieg gegen den Terror. Weniger bekannt sind hierzulande seine Arbeiten zur theoretischen Ethik, in

denen er einen Mittelweg zwischen Relativismus und Universalismus aufzeigt. Es ist das Verdienst von Wulf Kellerwessel und seinem Buch über „Michael Walzers kommunitaristische Moralphilosophie“, auf diese bisher kaum rezipierten ethischen Arbeiten aufmerksam zu machen und sie einer kritischen Analyse zu unterziehen. Kellerwessel beschränkt sich auf drei Aufsätze Walzers mit den Titeln „Drei Wege in der Moralphilosophie“, „Moralischer Minimalismus“ und „Zwei Arten des Universalismus“, in denen er seine Ethik entwickelt.

Walzer nennt seine Theorie einen „moralischen Minimalismus“. Er will minimale moralische Prinzipien aufzeigen, die von allen Menschen akzeptiert werden können. Zu diesem Kernbereich moralischer Regeln gehören fundamentale Gerechtigkeitsprinzipien und elementare Menschenrechte. Diese Minimalregeln sind universell gültig, d. h. sie gelten kulturübergreifend für alle Menschen, aber sie erweisen sich als zu „dünn“, um alle Bereiche moralischen Handelns abzudecken, und müssen daher durch partikuläre, kulturspezifische Bedeutungskomponenten ergänzt werden. So gebe es zwar eine gemeinsame Auffassung darüber, was gerecht ist, aber die individuelle Interpretation und Ausgestaltung dieser Gerechtigkeitsprinzipien sei kulturell und sozial unterschiedlich. Nach Walzers Auffassung ist Moral kontextuell gebunden und kann nicht aus ihrem historischen, sozialen und kulturellen Horizont herausgelöst werden. Dahinter steht eine nonkognitivistische Ethikkonzeption, derzufolge es keine neutrale moralische Sprache gibt. Moral ist für Walzer stets expressiv und drückt individuelle Einstellungen aus.

In seinem Aufsatz „Drei Wege in der Moralphilosophie“ bezeichnet Walzer seinen Ansatz als „Pfad der Interpretation“¹: Moral könne nicht als eine Menge objektiver, allgemein verbindlicher Regeln entdeckt und auch nicht ex nihilo konstruiert werden, sondern sei auf die Interpretation vorhandener sozialer Regeln und Praktiken angewiesen. Die vorgefundenen Grundwerte und Grundüberzeugungen müssen durch lokale Maßstäbe interpretiert und an regional unterschiedliche Erfordernisse angepasst werden. Mit anderen Worten: Es gibt keine moralischen „Tatsachen“, und selbst wenn es sie gäbe, wären wir gezwun-

1 Michael Walzer, Kritik und Gemeinsinn, Frankfurt a. M. 1993, S. 11.

gen, diese „Tatsachen“ aus einer je lokalen Perspektive zu interpretieren. Sie müssen „gelesen, verdeutlicht, ausgelegt, kommentiert, erläutert und nicht bloß beschrieben werden“². Walzer folgert daraus, dass es stets einen nicht eliminierbaren Dissens über moralische Fragen geben wird. Insofern ist der ethische Universalismus begrenzt. Einigkeit gibt es nur über einen gemeinsamen Kernbereich der Moral. Jenseits dieses Kernbereichs herrscht ein ethischer Pluralismus.

Leider ist diese minimalistische Ethikkonzeption von Walzer nirgends systematisch ausgearbeitet worden, bleibt auf verschiedene Aufsätze verstreut und wird dort auch nur skizzenhaft und andeutungsweise erläutert. Wulf Kellerwessel musste sich daher zunächst einmal der Aufgabe stellen, diese bruchstückhafte Theorie herauszuarbeiten, auf dem Hintergrund der anderen sozialphilosophischen Arbeiten Walzers zu interpretieren und kritisch zu evaluieren. Dieses Vorhaben ist meiner Meinung nach hervorragend gelungen. Kellerwessel rekonstruiert zunächst die zentralen Thesen und Argumentationsschritte Walzers, legt Schwachpunkte der Argumentation offen und kritisiert die Argumente und Thesen, wo es nötig ist. Die strenge Trennung von neutraler Darstellung und wertender Kritik halte ich für vorbildlich, da auf diese Weise die Theorie Walzers unvoreingenommen dargestellt und nicht von vornherein durch subjektive Wertungen kontaminiert wird. Bevor sich der Leser selbst auf die Kritik einlässt, kann er sich ein eigenes Bild von Walzers Theorie machen.

Kellerwessel deckt die entscheidende Schwäche der Minimaethik auf: Walzer argumentiert deskriptiv, will aber normative Schlussfolgerungen ableiten. Der Verdacht eines naturalistischen Fehlschlusses liegt daher nahe. Walzer begründet seine Ablehnung des Universalismus unter Hinweis auf die faktische Verschiedenheit und Divergenz der vorhandenen Moralsysteme. Andererseits will er seine Minimaethik durch den faktischen Konsens in zentralen moralischen Fragen bzw. als Schnittmenge gemeinsamer Werte begründen. Kellerwessel stellt ganz richtig fest: „Die Berufung auf gemeinsame, geteilte Werte kann eine Begründung universaler Normen nicht ersetzen.“ (S. 91) Walzer unterscheidet nicht sorgfältig genug zwischen dem Entstehungs- und Begründungszusammenhang moralischer Normen. Die kommunitaristische Ethik „vermag nicht zu begründen, weshalb bestimmte Normen einzuhalten bzw. bestimmte Pflichten anzuerkennen sind, die über den Kontext ihrer Entstehung hinaus gelten bzw. bestehen“ (S. 92). Dieses Begründungsdefizit ist zweifellos die Hauptschwäche von Walzers Ethik.

Es mag sein, dass hier ein zu hoher Maßstab an Walzers Moralphilosophie angelegt wird. Man kann von einem Autor schließlich nicht erwarten, dass er in wenigen Aufsätzen alle Begründungsdefizite der Ethik löst und eine lückenlose Theorie moralischer Normen entwirft. Walzer erhebt nicht den Anspruch einer umfassenden Moralbegründung, vielmehr haben seine Aufsätze mehr essayistischen Charakter und weisen nicht die logische Strenge analytischen Philoso-

2 Walzer, ebd., S. 40.

phierens auf. Es handelt sich dabei um Versuche einer ethischen Standortbestimmung in einer immer komplexer werdenden Welt, die von kultureller Autonomie und Diversifizierung geprägt ist. Walzer plädiert daher für einen moralischen Pluralismus und eine „Politik der Differenz“³. Gleichzeitig besteht er auf einem eingeschränkten Universalismus, dessen Minimalmoral wie ein gemeinsames Band die divergierenden Moralkonzeptionen zusammenhält.

Kellerwessel stellt dieser minimalistischen Ethik, die trotz ihres universalistischen Kerns an einem Partikularismus festhält, den Entwurf einer universalistischen Ethik entgegen, deren elaborierteste Ausprägung er in der Diskursethik von Karl-Otto Apel sieht. Ob die Diskursethik allerdings eine praktikable Alternative darstellt, mag dahingestellt sein. Denn auch die Transzendentalpragmatik von Apel muss, wenn sie praktisch anwendbar sein soll, von kontingenten Voraussetzungen ausgehen, die faktisch nicht notwendig erfüllt sein müssen: Die Diskursteilnehmer müssen beispielsweise kommunikations- und argumentationsfähig und -willig sein, sie müssen andere Diskurspartner als gleichwertige Teilnehmer am Diskurs anerkennen und müssen sich an Diskursregeln halten. Walzer stellt in seinem Buch „Lokale Kritik – globale Standards“ fest, dass der Fanatiker, der Ideologe und der Extremist Menschen sind, „die nicht zuhören, die sich gegenüber den Stimmen von außen (Ihre oder meine) ebenso taub stellen wie gegenüber den Stimmen in ihrem Innern“ (S. 130). Ein islamischer Terrorist ist für transzendentalpragmatische Argumente nicht empfänglich, vielleicht nicht einmal für unsere „abendländische“ Rationalität, weil er religiösen Autoritäten oder seiner eigenen Koraninterpretation mehr vertraut als Argumenten. Ein Fanatiker wird sich auch durch pragmatische Selbstwidersprüche nicht beirren oder sich von seinem gefährlichen Handeln abhalten lassen. Die Diskursethik stellt ein normatives Ideal verständigungsorientierter Kommunikation dar, das in der politischen Realität leider nur allzu selten erreicht wird.

Man muss aber kein Diskursethiker sein, um Wulf Kellerwessels Buch gut zu finden. Seine Überlegungen sind stets nachvollziehbar, verständlich und einleuchtend. Das Buch ist eine profunde Auseinandersetzung mit der Minimalethik, die in der Sekundärliteratur zu Walzer Bestand haben wird.

Apl. Prof. Dr. Thomas Zoglauer, Brandenburgische Technische Universität Cottbus, Postfach 101344, 03013 Cottbus.

3 Michael Walzer, Lokale Kritik – globale Standards, Hamburg 1996, S. 10.



Andreas Klärner/Michael Kohlstruck (Hg.), *Moderner Rechtsextremismus in Deutschland*, Hamburg 2006 (Hamburger Edition), 344 S.

Am Abend der Landtagswahl vom 17. September 2006 nach seinen Zielen befragt, antwortete der Spitzenkandidat der NPD in Mecklenburg-Vorpommern, Udo Pastörs, er wolle „einen modernen Nationalismus in das Schweriner Parlament tragen.“¹ Ein solcher steht bei den Parteien der extremen Rechten europaweit hoch im Kurs. Gerade die erfolgreichen Protagonisten wie Jean-Marie Le Pen mit dem Front National oder Filip Dewinter mit dem Vlaams Belang gelten als modern oder gar, wie Pim Fortuyn und die nach ihm benannte Wahlformation in den Niederlanden, als postmodern. Diese Form der Modernität des Rechtsextremismus findet in dem von Andreas Klärner und Michael Kohlstruck herausgegebenen Sammelband allerdings wenig bis keine Beachtung. Nur in einem von insgesamt elf Beiträgen (Sonja Kock, „Hochburgen“ des Rechtsextremismus im Südwesten der Bundesrepublik) wird den Wahlergebnissen einer Rechtsaußenpartei, hier der REP, Aufmerksamkeit gewidmet. Das liegt sicher auch an einem Mangel an entsprechenden Referenzobjekten in Deutschland. Die REP sind mittlerweile in Bedeutungslosigkeit versunken, der DVU mag man das Attribut „modern“ nicht so recht zugestehen, und Erfolge der NPD haben sich erst kürzlich eingestellt. Hingegen hat sich in der Bundesrepublik abseits der Parteipolitik schon seit längerem eine vitale rechtsextreme Subkultur herausgebildet. Dabei sind die bis in die 90er Jahre dominierenden Skinheads inzwischen nur noch eine unter vielen Erscheinungsformen. Fast scheint es, als habe sich die rechtsextreme Szene den gegen sie gerichteten Slogan „bunt statt braun“ mittlerweile zu Eigen gemacht.

Aufgrund dieser Heterogenität und einiger anderer Merkmale charakterisieren die Herausgeber den heutigen Rechtsextremismus als soziale Bewegung. Vor allem die Beiträge im ersten, mit „Bewegung und Gegenbewegung“ überschriebenen Teil des Bandes sollen diese Zuweisung untermauern. So widmet sich Fabian Virchow der „Demonstrationspolitik“ der extremen Rechten und damit einem klassischen Betätigungsfeld außerparlamentarischer, protestorientierter Akteure. Die vom Autor als „Neofaschisten“ titulierten Anhänger von NPD und „Freiem Widerstand“ haben ihren Aufmärschen in den letzten Jahren, so die Analyse, sowohl quantitativ als qualitativ eine neue Dimension gegeben. Virchow sieht dies auch als Ausdruck einer längerfristigen Strategie, deren Ziele und beabsichtigte Wirkungen nach innen und außen er präzise herausarbeitet. Einerseits geht es um Stabilisierung, Motivierung und Weiterentwicklung der Bewegung selbst, andererseits um die Gewinnung öffentlicher Aufmerksamkeit, Propagandavermittlung und Machtdemonstration. Betrachtet der Leser aller-

1 Im Interview des NDR. Vgl. http://www1.ndr.de/ndr_page_video/0,,SPM12954_VID3104630,00.html.

dings die von Virchow vorgelegten Zahlen und realisiert, dass pro Jahr etwa 100 Demonstrationen mit durchschnittlich 270 Teilnehmern stattfinden, erscheint das Mobilisierungspotential der extremen Rechten doch recht dürftig. Den Massencharakter „klassischer“ sozialer Bewegungen wie der Arbeiterbewegung oder neuer sozialer Bewegungen (z. B. Anti-AKW-Bewegung) haben diese Aufmärsche jedenfalls nicht.

Das wird noch deutlicher, wenn man den als gute Ergänzung zu Virchows Aufsatz anzusehenden Beitrag von Rainer Erb aus dem zweiten Teil des Buches („Strategien, Akteure und Parteien“) liest. Das Portrait des „Bewegungsunternehmers“ Christian Worch zeigt, dass gerade die für die extreme Rechte so wichtigen Demonstrationen nicht etwa Ausdruck gesellschaftlichen Protests, sondern vielmehr das Projekt weniger Berufsrevolutionäre und ihres Anhangs sind. Es ist mehr als verständlich, wenn sich sowohl der seit Jahrzehnten im ne-nationalsozialistischen Spektrum aktive Worch als auch das doch zumeist aus „Unterprivilegierten“ bestehende Fußvolk seiner Aufmärsche einreden, Teil einer Bewegung zu sein. Können wir den zeitgenössischen Rechtsextremismus in Deutschland mit diesem Begriff aber tatsächlich präzise erfassen?

Abgesehen von den hier vorgebrachten, vor allem am quantitativen Umfang des Phänomens festzumachenden Zweifeln, vermag der Band die Zuschreibung „soziale Bewegung“ insgesamt doch eindrucksvoll und vielfältig zu rechtfertigen. Die extreme Rechte diversifiziert ihre Aktionsformen und schafft es damit zumindest partiell, Akzeptanz zu erlangen (siehe den Beitrag von Andreas Klärner, „Zwischen Militanz und Bürgerlichkeit“). Sie entwickelt Konzepte zur Besetzung öffentlicher Räume und Erringung kultureller Hegemonie. Die damit verbundene Idee zur Schaffung „National befreiter Zonen“ ist, wie Uta Döring in ihrem Aufsatz zeigt, wenigstens zu einem öffentlichkeitswirksamen Symbol geworden. Henning Flads Beitrag „Zur Ökonomie der rechtsextremen Szene“ verweist darauf, dass derartige Strategieentwürfe nicht nur graue Theorie sind. Der Handel mit Musik, dem so genannten „Rechtsrock“, ist heute nicht mehr allein als ein Mittel zur Verbreitung von Ideologie unter Jugendlichen zu sehen. Die damit beschäftigten Personen können von ihrem ideologisch motivierten Engagement gut leben. Auch wenn die Umsätze laut Flads Analyse weitaus bescheidener sind als manche öffentliche Spekulation darüber nahe legen könnte – ein erster Schritt in die ökonomische Absicherung der rechtsextremen Parallelgesellschaft ist getan. Vor allem aber entstehen durch die in hohem Maße auf Konspiration und gute persönliche Kontakte angewiesenen Musikproduzenten, Szeneläden- und Versandfirmenbetreiber Netzwerke. Sie sind „Kristallisationspunkte der Szene“ (Flad, S. 115).

Angesichts solcher Beobachtungen gewinnt die Betonung des bewegungsförmigen Charakters des modernen Rechtsextremismus an Schlüssigkeit. Wenn soziale Bewegungen „collective challenges, based on common purposes and social solidarities, in sustained interaction with elites, opponents, and authorities“²

2 Sidney Tarrow, *Power in Movement. Social Movements and Contentious Politics*, 2. Auflage Cambridge 1998, S. 4.

sind, ist die extreme Rechte in Deutschland durchaus in dieser Beschreibung wiederzuerkennen. Sie fordert Staat und Gesellschaft mittels eines „Kampfes um die Straße“ heraus. Sie verfügt über Netzwerke zur wechselseitigen Unterstützung und Mobilisierung. Und bei aller Heterogenität und Fraktionsbildung wird sie doch von einer gemeinsamen Idee und Zielrichtung getragen, der Umgestaltung der Gesellschaft nach dem Prinzip des Ethnonationalismus. Ihre Identität erhält sie dabei auch durch die beständige Auseinandersetzung mit staatlichen Autoritäten und Reaktionen der Zivilgesellschaft (siehe dazu im Band den Beitrag von Jana Klemm, Rainer Strobl und Stefanie Würtz „Die Aktivierung einer demokratischen Stadtkultur“). Klärner und Kohlstruck begreifen soziale Bewegung als ein Konzept zur Erfassung „eines Verbundes von ‚familienähnlichen‘, aber eben nicht merkmalsidentischen Phänomenen“ (Klärner/Kohlstruck, S. 32). So entgehen die Herausgeber auch der Gefahr, die „nationale Bewegung“ oder „rechtsextreme Bedrohung“ zu überschätzen, wovor sie zu Recht warnen (ebd.).

Bei der Aufarbeitung dieser Phänomene kommt eine große Bandbreite an Methoden der qualitativen Sozialforschung zum Einsatz. Die große Herausforderung, welche ein so sensibler Untersuchungsgegenstand wie die rechtsextreme Szene dabei für den Wissenschaftler, zumal den Feldforscher, darstellt, wird in den Beiträgen des dritten Teils („Szenezugang, Selbst- und Rollenbilder“) noch einmal besonders augenfällig. Interviewpartner(innen), wie sie Michaela Köttig zur Analyse „rechtsextremer Handlungs- und Orientierungsmuster von Mädchen und jungen Frauen“ benötigte, sind nicht gerade leicht zu finden. Doch durch die Überwindung solcher Hürden und die Verwendung einer Vielfalt methodischer Ansätze gelingen gewinnbringende Erkenntnisfortschritte. Dies belegen die Beiträge von Christine Wiezorek, die die Möglichkeiten der Biographieanalyse für die Rechtsextremismusforschung aufzeigt, von Oliver Geden, der Gruppendiskussionen zur Erforschung der Thematisierung von „Männlichkeit in der FPÖ“ einsetzt, und von Michael Kohlstruck und Anna Verena Münch, die eine kriminologische Rekonstruktion eines Gewaltverbrechens vornehmen.

Angesichts der thematischen Breite und methodisch präzisen Vorgehensweise der Beiträge gibt es wenig Anlass zu Kritik. Allerdings wäre eine Einordnung des „modernen Rechtsextremismus in Deutschland“ in einen internationalen Kontext wünschenswert gewesen. Zwar rechtfertigt die Vielfalt der beobachteten Erscheinungsformen die Eingrenzung des Untersuchungsfeldes, ein vergleichender Blick auf die Situation außerhalb Deutschlands hätte dennoch gewinnbringend sein können. Im Einleitungskapitel oder in einem resümierenden Abschlussartikel wäre hierzu Gelegenheit gewesen, ohne dass die durchaus berechtigte Begrenzung der Einzelbeiträge auf den deutschsprachigen Raum hätte aufgegeben werden müssen.

Henrik Steglich, Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung an der TU Dresden, D-01062 Dresden.



Wolfgang Mueller, *Die sowjetische Besetzung in Österreich 1945-1955 und ihre politische Mission*, Wien 2005 (Böhlau-Verlag), 300 S.

Das Jahr 2005 war sowohl in Deutschland als auch in Österreich ein Jubiläumsjahr. Während jedoch die Deutschen „lediglich“ ihren 60. Jahrestag des Kriegsendes begingen, gedachten die Nachbarn im Süden gleich doppelt: Dem Kriegsende im April 1945, das für die Österreicher zugleich die Wiederherstellung eines formal eigenen österreichischen Nationalstaates bedeutete, und dem 50. Jahrestag der Unterzeichnung des Staatsvertrages. Für Beobachter der politischen und diplomatischen Szene lag auf der Hand, welches historische Datum eine größere Aufmerksamkeit auf sich zog. Zieht man allein die zahlreichen Veranstaltungen und Konferenzen sowie die Flut der im Jubiläumsjahr erschienenen Bücher heran, dann ist klar, dass dem Abschluss des Staatsvertrages mit den bisherigen vier Besatzungsmächten für Österreich eine weitaus größere Bedeutung zukam als dem Datum des Kriegsendes. Denn mit der Unterzeichnung des Staatsvertrages erlangte Österreich 1955 seine volle Souveränität zurück, die ihm bis dato durch die Besetzung des Landes versagt geblieben war. Das einzige Zugeständnis, das die österreichische Regierung machen musste, bestand in der Erklärung der Neutralität des Landes. Es durfte sich in Zukunft keinem der beiden militärischen und wirtschaftlichen Machtblöcke anschließen.

Der Weg zum Staatsvertrag stand daher wieder einmal im Zentrum des öffentlichen und vor allem publizistischen Interesses,¹ obwohl bereits in der Vergangenheit so prominente Historiker wie Gerald Stourzh und Oliver Rathkolb immer wieder größere und kleinere Studien zum Thema vorgelegt hatten.² 2005 beanspruchte allerdings noch ein anderes Thema den publizistischen Markt: die sowjetische Besetzung Österreichs und die damit einher gehenden Vorstellungen und Ziele Moskaus. Im Jubiläumsjahr erschienen nun gleich mehrere Studien und Editionen zur Österreichpolitik der Sowjetunion, die auf parallelen Forschungen im Grazer Ludwig-Boltzmann-Institut und im zeithistorischen Bereich des Wiener Historikers Rathkolb beruhen. Während die Grazer Forscher zwei voluminöse Bände mit Aufsätzen und Dokumenten vorlegten, veröffentlichte der Rathkolb-Schüler Mueller im selben Jahr eine ebenso volumi-

1 So z. B. Rolf Steininger, *Der Staatsvertrag: Österreich im Schatten von deutscher Frage und Kaltem Krieg 1938-1955*, Innsbruck 2005.

2 Vgl. z. B. Gerald Stourzh, *Kleine Geschichte des Österreichischen Staatsvertrages*, Graz 1975; ders., *Um Einheit und Freiheit: Staatsvertrag, Neutralität und das Ende der Ost-West-Besetzung Österreichs 1945-1955*, Wien 1998; Oliver Rathkolb, *Sonderfall Österreich? Ein peripherer Kleinstaat in der sowjetischen Nachkriegsstrategie 1945-1955*. In: Stefan Creuzberger/Manfred Görtemaker (Hg.), *Gleichschaltung unter Stalin? Die Entwicklung der Parteien im östlichen Europa 1944-1949*, Paderborn 2002, S. 353-373.

nöse Edition und die anzuzeigende Monographie, die aus seiner Dissertation hervorging. Muellers Arbeit – und das macht den besonderen Wert seiner Veröffentlichung aus – stützt sich zum großen Teil auf sowjetische Quellen, die seit 1991 nach und nach für Forscher freigegeben wurden. Er benutzte in Moskau u. a. das Archiv für Außenpolitik der Russischen Föderation, das Staatsarchiv der Russischen Föderation und das Russische Staatsarchiv für Sozial- und Politikgeschichte.

Die hier gewonnenen Erkenntnisse ließen ihn z. T. ganz neue Antworten auf hinreichend bekannte und immer wieder gestellte Fragen geben: Welche Vorstellungen verband Moskau mit der Besetzung Österreichs 1945, welche politischen Absichten hatte die sowjetische Besatzungsmacht und welchen Wert hatte ihre öffentliche Beteuerung, die gesellschaftliche Ordnung des Landes nicht ändern zu wollen? Ließen sich in den zehn Jahren sowjetischer Besatzungszeit vielleicht Sowjetisierungs- und Teilungspläne nachweisen – also ähnlich wie in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands? Und wie sah im Konkreten die Struktur und Funktion der Besatzungsmacht aus und wie ihre Stellung zur selbst mit eingerichteten Regierung Renner 1945? Fragen, die der Autor mit Berechtigung stellt (S. 9f.) und im Nachhinein beantworten möchte.

Um es vorweg zu nehmen: Auf die entscheidende forschungsleitende Fragestellung, warum Österreich nicht dasselbe Schicksal zugefallen ist wie Deutschland – die Spaltung des Landes und eine Teilsowjetisierung – vermag Mueller recht überzeugend einzugehen. Neben den beiden traditionellen Interpretationen – der Verhinderung der gesamtstaatlichen Sowjetisierung Österreichs durch die „Beharrlichkeit und Kompromisslosigkeit des Westens“ (S. 11) einerseits und der defensiven Ausrichtung der sowjetischen Politik andererseits – markiert er eine dritte Position, die durchaus stichhaltig erscheint, da sie den innerösterreichischen Faktoren eine größere Beachtung schenkt. So weist Mueller nach, dass durch das schnelle Handeln des früheren Staatskanzlers Karl Renner (SPÖ) noch im April 1945 eine provisorische Regierung gebildet werden konnte, die bestehende Initiativgruppenplanungen der Exil-KPÖ als Makulatur erscheinen ließ, auch wenn die sowjetische Besatzungsmacht eine kommunistische Drittelparität in der Regierung durchzusetzen vermochte. Der zumindest „äußerlich“ (S. 95) große Einfluss der KPÖ wurde in der Folge von einem Kanzler relativiert, der selbst präsidiale Züge entfaltete und sich nicht einfach als sowjetische Schachfigur auf dem Weg in eine Volksdemokratie missbrauchen ließ. Ihm und dem SPÖ-Vorsitzenden Adolf Schärf war es im Übrigen zu verdanken, dass sich alle sowjetischen und kommunistischen Initiativen zur Schaffung einer „Einheitsfront“ von KPÖ und SPÖ – so wie in der SBZ – bald als Fiktion erwiesen. Vor allem Schärf übernahm für die SPÖ die Rolle, die Kurt Schumacher für die SPD der deutschen Westzonen spielte. Ein sozialdemokratischer Otto Grotewohl blieb den österreichischen Kommunisten versagt.

Auf sich allein gestellt, erlitten schließlich die österreichischen Kommunisten bei den Nationalratswahlen am 25. November 1945 jene historische Niederlage (5 % gegenüber 45 % für die SPÖ), die sie trotz aller Interventionen der sowje-

tischen Besatzungsmacht immer mehr ins politische Abseits rücken ließ. Statt eine Schlüsselstellung in der Regierung zu erhalten, mussten sich die Kommunisten mit einer zu vernachlässigenden Minoritätenposition begnügen, wohingegen die beiden großen Parteien SPÖ und ÖVP ein Proporzsystem errichteten, das nicht nur die Stabilität der österreichischen Nachkriegspolitik, sondern auch die ideelle Westbindung begründete. Muellers Verdienst ist es, auf der Grundlage sowjetischer Aktenfunde sowohl die kurze, aber doch entscheidende Phase der Regierung Renner (1945) als auch die Phase sowjetischer Einflussnahme auf die Regierungen der großen Koalition (1946–1949) minutiös nachgezeichnet zu haben. Dabei ist es ihm gelungen, dem Bild Renners neue interessante Facetten in puncto Unabhängigkeit von sowjetischen Einflussnahmen und taktischer Virtuosität hinzuzufügen. Zudem wird deutlich, wie eng die Abstimmung zwischen KPÖ und Besatzungsmacht eigentlich war, und über welche Bandbreite an Einflussnahmen die Sowjets verfügten, um zumindest den kommunistischen Einfluss in ihrer Besatzungszone zu wahren. Die versuchte Spaltung der SPÖ (ihr widmet Mueller ein ganzes Kapitel, S. 198–208) stellte zweifellos einen ihrer bedeutsamsten Eingriffe in das politische System Österreichs dar, doch scheiterte er ebenso wie die 1948/49 betriebene Abspaltung und organisatorische Neuformierung der Linksozialisten.

Alle sowjetischen Versuche, per „Klassenkampf“ oder Volksfronttaktik die kommunistische Niederlage von 1945 wieder auszubügeln und Österreich doch noch auf den Weg einer Volksdemokratie zu schicken, liefen letztlich ins Leere. Doch ist in diesem Kontext zu beachten, dass die östliche Besatzungsmacht nicht ihr ganzes Arsenal an Einflussnahmen in die Waagschale warf, um – so wie in der SBZ – politische Gegner einfach wegzusperren und damit das politische System mit gewaltsamen Mitteln zu verändern. Sichtbarster Ausdruck dieser Sowjetisierungspolitik mit „angezogener Handbremse“ ist die Zurückweisung des von Mueller in den Akten gefundenen „KPÖ-Vorschlags zur Abspaltung Ostösterreichs“ (S. 197). Anders als im Osten Deutschlands, wo die sowjetische Besatzungsmacht spätestens ab 1948 daran ging, demokratische Wahlen zu verhindern und „ihre“ SBZ in einen eigenen sozialistischen Staat zu verwandeln, schreckte sie in Ostösterreich vor diesen letzten Konsequenzen zurück. Muellers Deutungen dieser sowjetischen Politik erscheinen durchaus schlüssig: Moskaus Vorstellung von der peripheren strategischen Bedeutung des Alpenlandes, der anderen völkerrechtlichen Ausgangsposition (im Gegensatz zu Deutschland Wiederherstellung der völkerrechtlichen Souveränität Österreichs schon 1945), der „totalen Fehlrezeption der österreichischen politischen Realität“ (S. 236) und der Erwartung vom ohnehin „gesetzmäßigen“ Sieg des Sozialismus (ebd.).

Allein schon zwei dieser Elemente – die strategisch geringere Bedeutung Österreichs in Verbindung mit einem kaum lebensfähigen sowjetisierten Ostösterreich sowie die völkerrechtliche und wahlpolitische Vorentscheidung von 1945 – dürften die Alpenrepublik vor einem ähnlichen Schicksal wie Deutschland bewahrt haben. Muellers weiter gehende Überlegung, wonach ein „gewalt-

samer Staatsstreich [...] nicht zu dem in Osteuropa angewandten sowjetischen Repertoire“ gehörte (S. 237), erscheint dagegen ein wenig überzogen. Auch wenn man über die Bedeutung des Wortes „gewaltsam“ geteilter Meinung sein kann, ein Staatsstreich waren die Teilung Groß-Berlins und die damit verbundene Abspaltung des sowjetischen Sektors unter Führung des Wahlverlierers SED³ sowie der kalte Prager Putsch vom Februar 1948 allemal. Dessen ungeachtet stellt Muellers Studie einen wichtigen Meilenstein zur Interpretation der österreichischen Nachkriegsentwicklung und der sowjetischen Besatzungspolitik dar. Die Tatsache, dass die Sowjets statt einer harten eine eher weiche Sowjetisierungsstrategie verfolgten, erlaubt es nicht, dies als bloßen „Ausdruck einer Wunschvorstellung“⁴ abzutun. Muellers dritte Interpretationsvariante zeigt auch die österreichischen Subjekte der Politik, die sich – im Falle der SPÖ und der ÖVP – in einem zähen Ringen den sowjetischen Zumutungen erfolgreich widersetzen.

Zusammen mit dem reichhaltigen Anhang und den hier erstmals abgedruckten Direktiven und Strukturen der sowjetischen Besatzungsmacht in Österreich ist seine quellengesättigte Studie ein weiterer wichtiger Beleg dafür, dass sich geduldige Kärnerarbeit in Moskauer Archiven letztendlich auszahlt.

Dr. Mike Schmeitzner, Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung e. V. an der Technischen Universität Dresden, D-01062 Dresden.

-
- 3 Zur Spaltung der von der SPD dominierten Groß-Berliner Magistratsverwaltung im Herbst 1948 vgl. ausführlich Stefan Kreuzberger, Die sowjetische Besatzungsmacht und das politische System in der sowjetischen Besatzungszone, Weimar 1996, S. 167 ff. Kreuzberger bezeichnet im Übrigen auch die administrative Teilung der Stadt als „sowjetischen Staatsstreich“.
 - 4 So Stefan Karner / Peter Ruggenthaler, Stalin und Österreich. Sowjetische Österreich-Politik 1938 bis 1953. In: Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung 2005, S. 102–140, hier 104.



Susan Neiman, Das Böse denken. Eine andere Geschichte der Philosophie, Frankfurt am Main 2004 (Suhrkamp), 489 S.

Der Begriff „Theodizee“ steht für das Problem, wie sich Gottes Allmacht und Güte mit dem in der Welt vorhandenen Leid vereinbaren lässt. Häufig wird dieses Problem dadurch erklärt, dass auf die Willensfreiheit des Menschen verwiesen wird, die Gott dem Menschen geschenkt habe und ihm auch bei Missbrauch nicht nehme. Warum aber leiden andere? Was ist mit dem Leid, das nicht durch Schuld verursacht wurde (man denke an Naturkatastrophen)?

Einen umfassenden *philosophischen* Erklärungsversuch bietet Leibniz in seiner *Theodizee*, den Susan Neiman als Ausgangspunkt ihrer Studie über das Problem des Bösen gewählt hat. Dort begreift er das Böse als Mangel an Gutem, von Gott zugelassen, um den (mit Freiheit ausgestatteten) Menschen (letztlich zu seinem Besten) zu prüfen: das Böse als Mittel zum guten Zweck. Dass wir den positiven Sinn, den das Böse für uns hat, nicht verstehen, liege daran, dass unser Wissen begrenzt sei. Alles in der Schöpfung sei vernünftig, so versichert Leibniz seinen Lesern, „wir leben in der besten aller Welten“.

Dieses Vertrauen in die Welt, so zeigt Neiman eindrucksvoll, wurde durch das Erdbeben von Lissabon im Jahre 1755 tief erschüttert. Die Menschen gelangten zu der Überzeugung, dass das *natürliche* Böse (Naturkatastrophen, Krankheiten etc.) keinen Sinn habe, sondern vielmehr „Teil einer buchstäblich bedeutungslosen Ordnung“ (S. 76) sei. Dies hatte zur Folge, dass fortan zwischen dem *natürlichen* Bösen und dem *moralischen* Bösen unterschieden wurde – für Neiman das „Charakteristikum“ der Moderne. So haben nach Kant, der bekanntlich strikt zwischen Natur und Vernunft unterschied, die Begriffe ‚gut‘ und ‚böse‘ ausschließlich im Bereich der Vernunft ihren Ort, die Natur, in der Willensfreiheit keinen Platz hat, gelte es technisch zu beherrschen. Ähnlich Rousseau: Er betrachtet Naturkatastrophen nicht länger als göttliche Strafen für menschliches Fehlverhalten, sondern als Unglücksfälle ohne einen „irgendwie gearteten moralischen Wert“ (S. 76). Das moralische Böse, so die durch das Erdbeben von Lissabon in ihrem Vertrauen in die Welt erschütterten Menschen, unterscheide sich vom natürlichen Bösen dadurch, dass es *absichtlich* geschehe. Böses geschehe nie ohne böse Absicht. Die Erde, die bebt, habe keine Absicht. Das Theodizeeproblem ist damit freilich nicht aus der Welt. Vielmehr taucht es nun in neuer (säkularer) Gestalt auf. Auf der Anklagebank sitzt nun nicht mehr Gott, sondern der (autonome) Mensch. Die Frage lautet nun: Welchen Sinn hat das vom Menschen verantwortete Böse?

Neiman zufolge gab es in der Moderne zwei philosophische Reaktionen auf diese Frage. Eine Gruppe von Philosophen – Neiman behandelt (im ersten Kapitel ihrer Studie) Rousseau, Kant, Hegel und Marx – setzte das Projekt, dem Bösen einen Sinn zu geben, unter modernen, säkularisierten Bedingungen fort.

Nicht nur sei es (in gewissen Grenzen) möglich, das Böse zu verstehen, es sei auch moralisch geboten. Wenn wir das Böse verstehen, können wir es bekämpfen. Neiman fasst dieses Anliegen wie folgt zusammen: „Theodizeen situieren das Böse in Strukturen, die es uns erlauben, in der Welt weiterzumachen. Idealerweise sollten sie uns mit vergangenem Bösen aussöhnen und zugleich Wege aufzeigen, wie zukünftiges Böses zu verhindern ist.“ (S. 351) Neiman selbst schließt sich mit ihrer Studie dieser Tradition an. Sie begreift das Böse als „metaphysisches Problem“ (S. 32), das es zu verstehen gelte. Das Böse erschüttere unser „Vertrauen in die Welt, das wir brauchen, um uns darin zurechtzufinden“ (S. 34). Die Philosophie habe die Aufgabe, dieses Vertrauen wiederzugewinnen: „Hört man auf, das Böse verstehen zu wollen, nimmt man sich, im Denken wie in der Praxis, jede Grundlage, dagegen anzukämpfen. Um die Welt vernünftig zu machen, müssen wir glauben, dass sie vernünftig sein soll.“ (S. 472)

Eine andere Gruppe moderner Philosophen – Neiman behandelt (im zweiten Kapitel ihrer Studie) Bayle, Voltaire, Hume, de Sade und Schopenhauer – lehnte den Versuch, dem Bösen einen Sinn zu geben, ab. Nicht nur sei es unmöglich, das Böse zu verstehen, es sei auch moralisch zweifelhaft. Wer versuche, das Böse zu begreifen, verrate in gewisser Weise die Opfer. Das Böse erklären heiße, das Böse entschuldigen. Stattdessen geben sich die von Neiman diskutierten Philosophen damit zufrieden, die Wirklichkeit zu beschreiben, wie sie ist. Einen Sinn hinter den Erscheinungen der Welt, den die Philosophen der ersten Gruppe zu finden hoffen, gebe es nicht.

Neben die Philosophen der ersten Gruppe, die den Versuch unternehmen, dem Bösen einen Sinn zu geben, und die der zweiten Gruppe, die den Versuch ablehnen, dem Bösen einen Sinn zu geben, treten Neiman zufolge Nietzsche und Freud, deren Positionen im dritten Kapitel vorgestellt werden. Diese beiden Denker lassen sich keiner der beiden Gruppen zuordnen, denn sie leugnen, dass es sich beim Problem des Bösen überhaupt um ein Problem handele.

Verbindet Neiman den Anfang der Moderne mit dem Ort Lissabon, so das Ende der Moderne mit dem Ort Auschwitz. In Lissabon, so ließe sich Neimans Rückblick auf die Moderne vor dem Hintergrund des Problems des Bösen zusammenfassen (den sie im vierten, abschließenden Kapitel ihrer Studie in toto diskutiert), haben die Menschen ihr Vertrauen in die Welt verloren, in Auschwitz ihr Vertrauen in sich. Auschwitz stelle die seit dem Erdbeben von Lissabon übliche Beschreibung des Bösen, der zufolge Böses immer nur mit Absicht geschehe, in Frage. Auschwitz habe gezeigt (hier folgt Neiman H. Arendts These von der Banalität des Bösen), dass Böses ohne böse Absicht getan werden könne. „Moderne Theodizeen“ seien dadurch unmöglich geworden.

Bevor Neiman zum Abschluss ihrer Studie noch kurz einige jüngere Stimmen des 20. Jahrhunderts zum Problem des Bösen zu Wort kommen lässt (Camus, Arendt, Kritische Theorie und Rawls), diskutiert sie in einem aktuellen Abschnitt die Ereignisse des 11. September 2001. Diese machten deutlich, dass wir – entgegen der Absicht der Terroristen, „uns unsere Ohnmacht vor Augen zu führen“ – „so ohnmächtig nicht sind“ (S. 420). Die Passagiere des Fluges 93

hätten bewiesen, dass „Menschen frei sind und ihre Freiheit nutzen können, um eine Welt zu beeinflussen, von der wir fürchten, dass sie sich unserer Kontrolle entzieht.“ (S. 421)

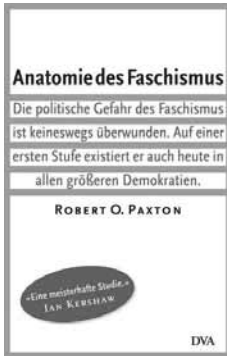
Neiman präsentiert in ihrer Studie eine neue, originelle Lesart der Philosophiegeschichte, deren „Organisationsprinzip“ das Problem des Bösen ist. „Das Problem des Bösen ist die treibende Kraft des modernen Denkens“ (S. 32) lautet der Kerngedanke. Die Moderne, in der die menschliche Vernunft zunehmend an die Stelle Gottes tritt, in der philosophische Erklärungsversuche zunehmend theologische Erklärungsversuche ersetzen, habe den Versuch, dem Bösen einen Sinn zu geben, unter neuen, säkularisierten Bedingungen fortgesetzt.

Wer abschließende Antworten auf die Frage nach dem Bösen erwartet, wird sicherlich enttäuscht werden. Darum geht es Neiman aber auch gar nicht. Neiman will, im Sinne von R. Rorty, eine interessante, aufschlussreiche (Philosophie-)Geschichte erzählen und dies ist ihr zweifellos gelungen. Die Kehrseite der Medaille ist jedoch, dass viele spannende Fragen (etwa zum Thema Willensfreiheit), die Neiman in ihren Überlegungen berührt, offen bleiben. Man hätte sich von ihr gewünscht, dass sie diesen Fragen, wenn möglich, nachgeht und klar Stellung bezieht. Dies ist jedoch nur selten der Fall.

Dies mag mit ihren Vorbehalten gegenüber der philosophischen Fachdisziplin zu tun haben, die immer wieder zum Ausdruck kommen, letztlich aber unverständlich bleiben. Philosophie, so fordert sie, solle wieder „näher bei uns“ (S. 21) sein. Denn: In Wahrheit sind die Probleme, die „aufgeweckte 17-Jährige über Sinn und Bedeutung nachdenken lassen“ (S. 21), die Probleme, die in den klassischen Texten der Philosophie behandelt werden. Folgerichtig richtet sich das Buch an ein breites Publikum. Es zeichnet sich durch eine flotte, schnörkellose Sprache aus, komplizierte Formulierungen werden vermieden, viele anschauliche Beispiele genannt.

Neiman blickt – im Lichte des Problems des Bösen – in ihrer Studie auf erfrischende Art und Weise auf die (moderne) Philosophiegeschichte zurück und gibt damit zugleich interessante, anregende Antworten auf die Frage, was das Böse ist. Dies macht den Reiz dieses Buches aus.

David Krause M.A., Philosophisches Institut der RWTH Aachen, Eilfschornsteinstraße 16, 52056 Aachen.



Robert O. Paxton, *Anatomie des Faschismus*, München 2006 (DVA), 447 S.

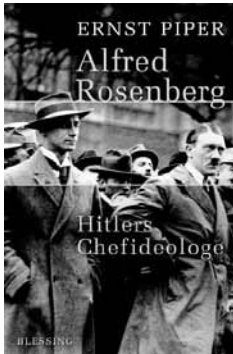
Abgesehen von den Werken Ernst Noltes und marxistischen Deutungen sind systematische Untersuchungen über den Faschismus als generisches Phänomen im deutschen Sprachraum rar geblieben. Das ist in England und Amerika anders. Dort hat es in jüngerer Zeit eine größere Anzahl von Versuchen gegeben, die gemeinsamen Züge jener „neuen rechten“ Bewegungen herauszuarbeiten, die sich nach dem Ersten Weltkrieg in vielen europäischen Ländern in teilweise recht unterschiedlichen Formen herausgebildet und das politische Geschehen so sehr bestimmt haben, dass die Rede von einer „Epoche des Faschismus“ für die Zeit zwischen 1918 und 1945 berechtigt erscheint. Unter diesen Arbeiten ist, das sei gleich vorausgeschickt, diejenige von Robert O. Paxton eine der gelungensten. Paxtons Studie besticht durch Detailkenntnis, Unvoreingenommenheit und klare Sprache, und auch ihr Niveau der theoretischen Generalisierung ist, trotz konzeptioneller Mängel, hoch. Treffend sind schon Paxtons Grundvoraussetzungen: Dass der Faschismus die „letzte“ der großen Ideologien gewesen sei und den Liberalismus, Konservatismus und Sozialismus als seine Vorgänger voraussetze; dass er viel bewusster als diese den Eintritt der „Massen“ ins politische Geschehen gestalterisch genutzt habe; dass der Antisemitismus nicht zu seinen generellen Grundmerkmalen gehöre, sondern nur ein radikaler Antisozialismus und Antiliberalismus; dass er „rechte“ und „linke“ und „revolutionäre“ und „reaktionäre“ Elemente neuartig miteinander verknüpft habe; dass er machtvoll nur durch die Kooperation mit den traditionellen Eliten habe werden können; und dass „Ideologie“ für den Faschismus zwar bedeutungsvoll gewesen sei, aber in unterschiedlichem Maße in seinen verschiedenen Stadien, und dass sie – unter anderem wegen ihrer partikularistischen Ausrichtung – nie jenen Grad dogmatischer Geschlossenheit erreicht habe, der für die Ideologie des primären Weltanschauungsgegners – der kommunistischen Bewegung – typisch war.

Einer der Vorzüge von Paxtons Schrift ist, dass sie die Vielfalt nationaler Ausprägungen faschistischer Bewegungen nach dem Ersten Weltkrieg nicht mittels vorschneller deduktiver Definitionen verwischt, sondern dass sie ihre Generalisierungen induktiv aus der Beschreibung der Vielfalt gewinnt. Die Differenziertheit der Argumentation wird noch dadurch gesteigert, dass dieses Verfahren auf eine Fünf-Stadien-Sequenz von Faschismus bezogen wird: das Entstehen der Bewegung; ihre Verwurzelung im politischen System; ihr Griff nach der Macht; die Machtausübung; und schließlich die längerfristige Entwicklung mit der Alternative von Radikalisierung oder Niedergang. Hinsichtlich der Entstehung werden *unmittelbare* Voraussetzungen (v. a. Erster Weltkrieg und bolschewistische Revolutionsversuche) von *längerfristigen* Vorbedingungen *ideologisch-emotioneller* oder *sozialer* Natur unterschieden und einige Vorläuferorganisationen

Ende des 19. Jahrhunderts beschrieben. Treffend ist auch die Deutung der faschistischen Führer, die – als Außenseiter neuen Typs – sich schichtübergreifend auf „Massen“ bezogen und einen neuartigen, spezifisch modernen „politischen Stil“ kreierten. Zur Verwurzelung im politischen System und der Machtergreifung bedurften die faschistischen Bewegungen der Kooperation mit Teilen der traditionellen Elite, und diese Kooperation war nur möglich durch taktisches Geschick und ideologische Flexibilität. Wenn beides den faschistischen Führern fehlte, kamen die Bewegungen über ihr Anfangsstadium nicht hinaus. Das bedeutet aber auch, dass der „Faschismus an der Macht“ anders als der Kommunismus immer als System sich intern verändernder Doppelherrschaften – von Staats- und Parteiinstanzen – verstanden werden muss, mit einer Tendenz zum „Machtchaos“. Ob sich das System radikalisierte oder in Formen eines konservativen Autoritarismus erstarrte, hing unter anderem von der Entwicklung der Kräfteverhältnisse zwischen Staats- und Parteiinstanzen ab, aber immer erwies sich der Krieg als zentraler Faktor der Radikalisierung, in dem auch ideologische Motive aus dem Anfangsstadium wieder bestimmender hervortraten. Paxton beschreibt überzeugend die in dieser Hinsicht gegenläufige Entwicklung im italienischen Faschismus und im Nationalsozialismus. Auch seine Analyse der Stadien und Faktoren der Judenverfolgung im Nationalsozialismus ist gelungen. Seine Urteile zum „Faschismus nach 1945“ sind vorsichtig. Es hat viele Ansätze gegeben, die aber nur in wenigen Fällen (Osteuropa nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion) eine stärkere politische Verwurzelung und größere Bedeutung erlangt haben. Insgesamt besteht bei Paxton eine klare Tendenz, den Faschismus als ein Phänomen der Zeit zwischen 1918 und 1945 zu deuten, obwohl damit zu rechnen sei, dass in der Zukunft im Zusammenhang mit den Migrationen nach Europa faschistische Elemente in neuartigen Formen Auftrieb erhalten könnten.

Die Schwächen von Paxtons Buch liegen im theoretischen Bereich, und sie werden besonders deutlich bei einem Vergleich seiner Schrift mit den Werken Ernst Noltes, von denen Paxton nur kleinere Auszüge kennt. Paxton gelingt es nirgends, seine zumeist treffenden Generalisierungen über die Ebene des additiven Aneinanderreihens hinaus in theoretischen Synthesen zu bündeln; und er kommt auch nicht auf die Idee, dass die Vielfalt von Erscheinungsformen, die er beschreibt, eigentlich in eine Unterscheidung von verschiedenen Typen des Faschismus einmünden müsste. Dabei drängt sich, gerade anhand des Materials, das er präsentiert, die Unterscheidung von „faschistischem Minimum“, „Normal-“ und „Radikalfaschismus“ geradezu auf. Seine Arbeit, gerade wegen ihres Niveaus, verdeutlicht einmal mehr die singuläre Stellung der Schriften Ernst Noltes, die gut vierzig Jahre früher erschienen sind.

PD Dr. Friedrich Pohlmann, Erwinstraße 26, 79102 Freiburg.



Ernst Piper, Alfred Rosenberg. Hitlers Chefideologe, München 2005 (Karl Blessing Verlag), 831 S.

Biographien, Sachbücher und Nachschlagewerke informieren über die Protagonisten des Nationalsozialismus. Sie füllen Bibliotheksregale. Scheinbar ist das Thema erschöpfend erforscht. Um so verwunderter stellt man fest, dass über Hitlers „Chefideologen“ Alfred Rosenberg sechs Jahrzehnte nach dem militärischen Zusammenbruch des Dritten Reiches und der 1946 erfolgten Hinrichtung des Publizisten und Politikers keine wissenschaftlich fundierte Biographie existiert. Auch der in Berlin lebende Historiker Ernst Piper wollte ursprünglich seine Habilitation nicht über den weltanschaulichen Vordenker des Dritten Reiches schreiben. „Am Anfang stand das Projekt eines Buches über die ‚Hauptstadt der Bewegung‘, also München, in den Jahren vor 1933. Bei der Beschäftigung mit dem Thema wurde mir zunehmend klarer, dass es zu breit angelegt war. Ich zog die Kreise immer enger und zum Schluss blieb Alfred Rosenberg übrig.“¹ Im Frühsommer letzten Jahres reichte der Abteilungsleiter für Holocaust-Studien am Moses-Mendelssohn-Zentrum für europäisch-jüdische Studien seine Habilitationsschrift an der Universität Potsdam ein und verteidigte sie Anfang 2006.

Auf welche Grundlagen konnte sich Piper während der Verwirklichung des Projektes stützen? In der Fachliteratur lagen lediglich einige biographische Skizzen² über Rosenberg, aber zahlreiche Detailuntersuchungen³ vor. Des Weiteren

- 1 Uwe Ullrich, Schreibtischtäter (Interview mit Ernst Piper). In: Märkische Allgemeine Zeitung, Wochenendbeilage vom 3./4. Dezember 2005, S. 2 oder Internet unter shoa.de/Rezensionen.
- 2 F. Th. Hart (Pseudonym von Florentine Hamm, Mitarbeiterin am „Völkischen Beobachter“), Alfred Rosenberg. Der Mann und sein Werk, München 1937; Joachim Petzold, Alfred Rosenbergs „Mythus des 20. Jahrhunderts“. In: Die Demagogie des Hitlerfaschismus. Die politische Funktion der Naziideologie auf dem Wege zur faschistischen Diktatur, Berlin 1982; Andreas Molau, Alfred Rosenberg – Der Ideologe des Nationalsozialismus. Eine politische Biographie, Koblenz 1993; Reinhard Bollmus, Alfred Rosenberg – ‚Chefideologe‘ des Nationalsozialismus? In: Ronald Smelser/Enrico Syring/Rainer Zitelmann: Die braune Elite. Biographische Skizzen, Band 1, Darmstadt 1999, S. 223–235; Manfred Weißbecker, Alfred Rosenberg – Die antisemitische Bewegung war nur eine Schutzmaßnahme In: Kurt Pätzold/Manfred Weißbecker (Hg.), Stufen zum Galgen. Lebenswege vor den Nürnberger Urteilen, Leipzig 1996, S. 150–185.
- 3 Siehe unter anderem: Claus-Ekkehard Bärsch, Die politische Religion des Nationalsozialismus, München 1998; Raimund Baumgärtner, Weltanschauungskampf im Dritten Reich. Die Auseinandersetzung der Kirchen mit Alfred Rosenberg, Mainz 1977; Reinhard Bollmus, Das Amt Rosenberg und seine Gegner. Zum Machtkampf im nationalsozialistischen Herrschaftssystem, Stuttgart 1970; Anja Heuss, Kunst- und Kulturgutraub. Eine vergleichende Studie zur Besatzungspolitik der Nationalsozialisten in Frankreich und der Sowjetunion, Heidelberg 2000; Frank-Lothar Kroll, Utopie als Ideologie. Geschichtsdenken und politisches Handeln im Dritten Reich, Paderborn

konnte der Wissenschaftler die in der Nürnberger Zelle von Rosenberg angefertigten autobiografischen Texte,⁴ Tagebuchaufzeichnungen⁵ sowie einen reichen Fundus an Archivbeständen⁶ nutzen. Zu welchem Befund gelangt der Historiker Ernst Piper über jenen Mann, „der die Gabe besitzt, aus den unmöglichsten Voraussetzungen Gedankensysteme von wahrhaft königlichem Bau aufzurichten. Es gibt heute wahrscheinlich wenig Leute in Deutschland, die in der Politik so unerbittlich systematisieren und dogmatisieren wie Rosenberg, die so in unbezähmbarer Konstruktionswut auf einem Nichts von Fundament ein detailliertes Gerüst von Folgerungen gründen können.“⁷

In elf Kapiteln beschreibt Piper den Lebensgang des Baltendeutschen von der Wiege bis zur Bahre. Der am 12. Januar 1893 in der estnischen Hafenstadt Reval (heute Tallinn) geborene Alfred verwaiste frühzeitig, erhielt von zwei Tanten eine häusliche Erziehung und war ein ausgezeichnete Schüler. Er studierte in Riga Architektur. Durch kriegsbedingte Verlagerung des Polytechnikums nach Moskau legte er dort 1918 sein Diplom ab. Im Dezember gleichen Jahres siedelte Rosenberg über die Zwischenstation Berlin nach München über. Hier lernte der Immigrant den völkischen Propagandisten Dietrich Eckart sowie Adolf Hitler kennen und schätzen. Er trat frühzeitig der NSDAP bei und profilierte sich als Redakteur bei den von Eckart herausgegebenen Zeitungen und Zeitschriften. Seine Broschüren ließen sein Ansehen in den von Antisemitismus geprägten völkischen und nationalen Kreisen als Publizist stetig steigen. Der aus München gebürtige Verlegersohn Piper beschreibt das historische Zeitkolorit nach Ende des Ersten Weltkrieges faktenreich. Seine Ausführungen lassen aber offen, weshalb die bayrische Landeshauptstadt Sammelpunkt republikfeindlicher Kreise und Emigranten wurde. Die Frage nach den Finanziers der NSDAP bleibt gleichfalls nebulös: Der 1923 beim Hitler-Putsch getötete Landsmann Rosenbergs, Maximilian Erwin von Scheubner-Richter, „beschaffte enorme Geld-

1998; Seppo Kuusisto, Alfred Rosenberg in der nationalsozialistischen Außenpolitik 1933-1939, Helsinki 1984; Andreas Zellhuber, Unsere Verwaltung treibt einer Katastrophe zu ... Das Reichsministerium für die besetzten Ostgebiete und die deutsche Besatzungsherrschaft in der Sowjetunion 1941-1945.

- 4 Unterschiedlich redigierte Fassungen: Serge Lang/ Ernst von Schenck, Portrait eines Menschheitsverbrechers nach den hinterlassenen Memoiren des ehemaligen Reichsleiters Alfred Rosenberg, Sankt Gallen 1947; Alfred Rosenberg, Letzte Aufzeichnungen. Ideale und Idole der nationalsozialistischen Revolution, Göttingen 1955 (2. Auflage Uelzen 1996, mit teilweise geschwärzten Textstellen); Heinrich Härtle, Großdeutschland. Traum und Tragödie. Rosenbergs Kritik am Hitlerismus, München 1969.
- 5 Hans-Günther Seraphim (Hg.), Das politische Tagebuch Alfred Rosenbergs aus den Jahren 1934/35 und 1939/40, Göttingen, Berlin (West) 1956.
- 6 Kurt Gossweiler, Kapital, Reichswehr und NSDAP 1919-1924, Berlin 1982, S. 220, Anmerkung 107: „Rosenberg war sehr um seinen Ruhm und Nachruhm besorgt, wovon die zahlreichen erhaltenen Akten seiner diversen Ämter überreichlich Zeugnis ablegen.“
- 7 Konrad Heiden, Geschichte des Nationalsozialismus. Die Karriere einer Idee, Berlin 1932, S. 46.

summen für die Partei. Vieles deutet darauf hin, dass er ihr wichtigster Financier in den frühen Jahren war“ (S. 2).

Nach kurzer wirtschaftlicher Stabilisierung der Weimarer Republik Mitte der Zwanziger Jahre erschütterte die Weltwirtschaftskrise das latent instabile politische System und gab damit der nationalsozialistischen Bewegung neuen Auftrieb und Ansehensgewinn in der Bevölkerung. Dies war die richtige Zeit für Rosenbergs Hauptwerk „Der Mythos des 20. Jahrhunderts“. Der Autor bediente, wie andere Publizisten seiner Gegenwart (Spengler, Schmitt oder Moeller van den Bruck) und der unmittelbaren Vergangenheit (Nietzsche, Langbehn oder Chamberlain), auf die Ernst Piper bedauerlicherweise nicht eingeht, die Sinnuche der Menschen in bedrückender Wirklichkeit und bot visionäre Lösungen an. Das gedruckte Wort hatte noch Gewicht und erzielte unmittelbar Wirkung. Alfred Rosenbergs „Führer“ verweigerte den parteiamtlichen Segen für das Buch. Schließlich wandte sich der Autor gegen die christlichen Konfessionen und verstieß damit gegen „Hitlers strategisches Kalkül, dass die Bewegung beim Kampf um die politische Macht sich um keinen Preis in religiöse Streitigkeiten verwickeln lassen dürfe“ (S. 175).

Süffisant vermerkt Ernst Piper eingangs des Kapitels über den „Mythus“ eine Rezension in den Nationalsozialistischen Monatsheften, „die von niemand anderem als von Rosenberg selbst verfasst war“ (S. 179). Leider erschöpft sich Pipers Text in der Auflistung von weiteren – zustimmenden wie ablehnenden – Buchbesprechungen sowie Querverweisen auf einige Teilaspekte der Rosenbergschen Geschichtsbetrachtung im Spiegel ähnlich denkender Autoren. Auf sich selbst gestellt bleibt der Leser mit der auf Seite 192 abgedruckten Leseliste, die Piper dem 1935 von Rosenberg verfassten Manuskript „Wie der ‚Mythus‘ entstand“ entnahm und mit Literaturangaben aus anderen Quellen auffüllte. Das zu behandelnde Buch befragt er jedoch nicht! Auch im Kapitel über den Mythos sind Flüchtigkeiten enthalten. Der Kardinal von München-Freising, Faulhaber, hielt seine den berühmten Adventspredigten folgende Silvesterpredigt nicht 1934 (S. 224), sondern 1933 und heißt mit Vornamen Michael und nicht Julius (S. 793). Oder Piper erklärt: „Entschiedene Zurückweisungen von Rosenbergs ‚Mythus‘ waren die Publikationen von Rudolf Homann und, wie nicht anders zu erwarten, von Otto Dibelius“ (S. 218). Für Homann stimmt das. Dibelius reagierte mit der kleinen, achtseitigen Flugschrift „Drei Anmerkungen zu einem Kapitel Rosenberg“⁸ (S. 791) hingegen auf Alfred Rosenbergs „Protestantische Rompilger“.

Obwohl seit 1930 Mitglied des Reichstages, fand Rosenberg nach der „Machtergreifung“ keine Verwendung in Hitlers Ministerriege. Im April 1933 errichtete Hitler in bewusster Konkurrenz zum Auswärtigen Amt das Außenpolitische Amt der NSDAP und betraute den auf diesem Gebiet ambitionierten Rosenberg mit der Leitung. Im folgenden Jahr wählte sich der Ideologe durch die

8 Otto Dibelius, Drei Randbemerkungen zu einem Kapitel Rosenberg, Berlin 1937, oder in: Hier spricht Dibelius. Eine Dokumentation, Berlin (Ost) 1960, S. 95.

Ernennung zum „Beauftragten des Führers für die Überwachung der gesamten geistigen und weltanschaulichen Schulung und Erziehung der NSDAP“ am Ziel seines „volkserzieherischen“ Wollens. Piper vermutet dazu: „Die weltanschauliche Durchdringung des politischen Kampfes blieb auch nach der ‚Machtergreifung‘ ein Thema. Um die Macht zu behaupten mußte das, was politisch erobert worden war, weltanschaulich gesichert werden.“ (S. 323). Zweifellos war Rosenberg dazu der geeignete Mann. „Die Tragödie Alfred Rosenbergs war“, so formulierte schon Joachim Fest in den sechziger Jahren, „dass er an den Nationalsozialismus wirklich geglaubt hat.“⁹ Durch die Verleihung des Deutschen Nationalpreises für Kunst und Wissenschaft 1937 fühlte sich Rosenberg bestätigt. Schließlich war er ein „Gefangener der Dogmatik“ (S. 382).

In den Abschnitten „Kirchenkampf“ (S. 399 ff.) – Rosenberg trat am 15. November 1933 „als einziger Politiker der ersten Garde aus der Kirche“ aus, weil Reichsbischof Ludwig Müller die auf einer Kundgebung der Deutschen Christen „beschlossenen Thesen, die deutsche Volkskirche müsse sich vom Alten Testament und seiner jüdischen Lohnmoral freimachen und alle Nichtarier aus ihren Reihen ausschließen, als Irrlehren bezeichnet“ (S. 407) hatte – und „Lebensraum im Osten“ (S. 448 ff.) gerät der NS-Ideologe aus dem Blick der Piper-schen Beschreibungen, wirkt als Statist im vielfältigen Machtkampfgefüge. Weder die Beauftragung durch Hitler zur Bildung der Alternativ-Universität „Hohe Schule“ der NSDAP (1940) noch seine Berufungen zum Leiter des „Einsatzstabes Reichsleiter Rosenberg“ (Kunstraub) und im folgenden Jahr zum Reichsminister für die besetzten Ostgebiete versetzten Rosenberg in eine dominierende politisch-militärische Hauptrolle. Er war in seinem Berliner Arbeitszimmer Schreibtischtäter und kämpfte mit den Krakenarmen der Polykratie im Dritten Reich. Zwar hielt er die Besatzerherrschaft in Russland für politisch falsch, konnte sich aber mit seinen Bedenken bei Hitler kein Gehör verschaffen. Dieser begriff nicht, dass die lauthals propagierte Germanisierung vor allem die Vernichtung der Einheimischen bedeutete, statt sie für die deutsche Sache zu gewinnen. „Man darf ja nie vergessen,“ so Piper, „dass den elf Millionen Juden, von denen das Protokoll der Wannsee-Konferenz spricht, bis zu 31 Millionen Slawen gegenüber stehen, die nach dem Generalplan Ost ‚verschrottet‘ werden sollten“ (S. 510).

Mitte Mai 1945 verhaftet, wurde Alfred Rosenberg nach Luxemburg und am 12. August 1945 nach Nürnberg geflogen. Die wenige Wochen später ihm und seinem Verteidiger zugestellte Anklageschrift stellte fest, dass er „Lehren der Nazi-Verschwörer entwickelte“, deren „Machtergreifung“, „Befestigung ihrer Kontrolle über Deutschland“ und „psychologische Kriegsvorbereitungen“ (S. 623) förderte. Der Internationale Militärgerichtshof in Nürnberg verurteilte ihn

9 Alfred Rosenberg. Der vergessene Gefolgsmann. In: Joachim C. Fest, Das Gesicht des Dritten Reiches. Profile einer totalitären Herrschaft, München 1977, S. 225–240, hier 225.

im Prozess als Hauptkriegsverbrecher und ließ ihn am 16. Oktober 1946 durch den Strang hinrichten.

„Rosenberg war ganz offensichtlich kein geborener Politiker. Er war ein Mann von profunder Halbbildung. [...] Und ein Ideologe macht auch noch keinen Politiker“ (S. 643). Ernst Piper zieht den Kreis um Alfred Rosenberg sehr eng. Er referiert über dessen Beziehungen zu den Gesinnungsgenossen und Mitarbeitern, teilweise mit lexikalischen Einschüben, reflektiert aber kaum das weit gefächerte politische und gesellschaftliche Umfeld zwischen NSDAP-Aufbau und -Zusammenbruch. Auf eine Analyse der historischen Wurzeln der nationalsozialistischen Weltanschauungen verzichtet Piper ebenso wie auf die Parallelität der Bestrebungen des Alldeutschen Verbandes oder der Jungkonservativen Revolutionäre, ihr umtriebige Agieren gegen die Weimarer Republik. Die Schriften Alfred Rosenbergs erfahren allenfalls inhaltliche Wiedergaben, aber keine deutende Auslegung oder gar Wertung. Pipers Protagonist schwimmt oft als konturenloser Schatten ohne Charaktereigenschaften in einer Fülle von Zitaten und Aktenbelegen. Dem umfangreichen Text fehlt im Anhang leider ein wegweisender chronologischer Abriss über politische Ereignisse und tabellarisch aufgelistete Lebensdaten. Gleichwohl ist das Buch eine Fundgrube an Informationen und besticht durch Kenntnisreichtum.

Uwe Ullrich, Eichstraße 15, 01309 Dresden.



Stefan Scheil, 1940/41. Die Eskalation des Zweiten Weltkriegs, München 2005 (Olzog-Verlag), 528 S.

Stefan Scheil ist inzwischen auch in der Historiker-Zunft kein Unbekannter mehr, hat er doch schon vor Jahren mit zwei umfänglichen Studien seine geschichtsrevisionistische Deutung des Kriegsbeginns von 1939 und die anschließend, d. h. bis 1941, erfolgte Eskalation zum Weltkrieg dem Publikum nahe gebracht. Auch der vorliegende Band liegt ganz auf der Linie eines Revisionismus, der die Kriegsursachen und damit implizit die Frage nach der Kriegsschuld, die im historisch-politischen Bewusstsein der Gegenwart immer noch eindeutig „verortet“ ist, auf alle damals Beteiligten wenigstens gleichermaßen verteilt sieht. Seine untersuchend angelegte Studie konzentriert sich auf den Zeitraum jenes einen Jahres zwischen dem deutschen Sieg über Frankreich im Juni 1940 und dem Angriff der Wehrmacht auf die Sowjetunion im folgenden Jahr und die in diese Zeit fallenden machtpolitischen Positionskämpfe unter den europäischen Mächten sowie der USA. Sie behandelt damit denselben Zeitabschnitt, den vor mittlerweile vier Jahrzehnten

Andreas Hillgruber mit seiner damals grundlegenden Arbeit über „Hitlers Strategie. Politik und Kriegführung 1940–1941“ zum Gegenstand hatte.

Nun ist Revisionismus an sich in der Geschichtswissenschaft weder neu noch, gleichgültig auf welchen Gegenstand bezogen, unerlaubt. Er macht vielmehr das Wesen einer jeden Wissenschaft aus, indem zunächst allgemein verbreitete Deutungen eines Phänomens oder Vorgangs im Laufe der Zeit und im Wechsel der Generationen einer Revision mit gegebenenfalls neuen Interpretationsmustern unterzogen werden. Namentlich die Geschichtswissenschaft, auf deren Deutungsmuster mehr als anderswo gesellschaftliche Veränderungen Einfluss nehmen, kennt verschiedenste Revisionismen bzw. „Revisionistische Schulen“ zu den unterschiedlichsten Forschungsthemen. Somit kann es nicht darum gehen, ob revisionistische Ansätze in der Wissenschaft erlaubt sind, sondern allein darum, ob bestimmte revisionistische Positionen auf einem empirisch überzeugenden Fundament, logischer Stimmigkeit und einer sauberen Methodik im Umgang mit den Quellen beruhen. Scheils – dies sei vorweggenommen – Revisionismus der eher härteren Sorte mit zuweilen massiven Zuspitzungen verlangt eine argumentative Entgegnung, die einer klaren eigenen Positionierung in den hier behandelten Grundfragen bedarf, will man sich nicht in kleinkrämerischer Detailkritik, nebulösen Fragepielen oder im pauschalen Verdikt verlieren.

Beginnen wir mit den am wenigsten kontroversen Dingen in Scheils Buch. Mit anderen Worten: was erscheint an der hier dargebotenen Sichtweise der politischen und militärischen Geschehnisse im genannten Zeitraum annehmbar oder zumindest nachvollziehbar?

Zwei Punkte seien genannt, denen sich der Rezensent ohne größere Probleme anschließen kann. Es ist zunächst die Prämisse von der England-Zentriertheit des Hitlerschen Denkens. In der Tat kreisten spätestens seit Mitte der dreißiger Jahre die Gedanken des deutschen Diktators um die Idee eines Arrangements mit dem Inselreich und seinem weltumspannenden Empire. In England sah Hitler bis zum Ende des Krieges 1945 den eigentlichen Antipoden Deutschlands auf der weltpolitischen Bühne, demgegenüber allen anderen Mächten, Russland eingeschlossen, nur sekundäre Bedeutung zukam. Wollte man den Zweiten Weltkrieg auf den Zweikampf zweier Männer reduzieren, hießen die beiden Antipoden zweifellos Adolf Hitler und Winston Churchill. In Churchill fand Hitler einen in vieler Hinsicht ebenbürtigen und am Ende überlegenen Gegner, der ihm kompromisslos die Stirn bot, ebenbürtig in puncto mentaler Härte, Willensstärke bis zum Starrsinn und demagogischem Talent, dabei ausgestattet mit taktischem Geschick und machtpolitischer Durchtriebenheit. Seit er Premierminister geworden war, kannte und verfolgte Churchill nur ein Ziel, „die Zerschlagung der deutschen Machtposition überhaupt“ (Klaus-Jürgen Müller). Churchill, der wohl generationsbedingt nie ein Sensorium für den spezifisch modernistisch-revolutionären Charakter des Nationalsozialismus entwickeln konnte, erschienen die „Nazis“ als nichts anderes als braun angestrichene Preußen und die Deutschen, die seit 1939 für Adolf Hitler marschierten, blieben dieselben „Hunnen“, die schon 1914 für ihren Kaiser marschiert waren.

Dass ein solcher Mann seit 1940 den Kampf gegen Hitler und die Ausweitung seines Einflusses auf dem europäischen Kontinent an sämtlichen zur Verfügung stehenden Fronten, sei es die diplomatische, propagandistische, ökonomische oder militärische, mit aller Härte, Einfallsreichtum und machtpolitischer Intriganz geführt hat, darf in der gegebenen weltpolitischen Lage und unter dem Paradigma nationaler Machtpolitik als eine Normalität gelten. Wem möchte Scheil unter besonderem Hinweis darauf und seitenlangen Abhandlungen über den Charakter britischer Politik (Kapitel II und III) – etwa ihrer alten, schon im Ersten Weltkrieg verfolgten „Obsession“ einer antideutschen Balkanfront – eine Art Offenbarung bescheren – vielleicht Leuten, die bis heute aus romantizistischer Neigung an eine besondere Skrupulösität oder gar moralische Überlegenheit des alliierten Lagers im Hinblick auf seine diplomatischen und militärischen Kriegführungsmethoden glauben möchten? Der unerbittliche und nicht bloß mitunter perfide geführte Kampf um Positionen im machtpolitischen Ränkespiel zwischen Großmächten ist weder erst durch Adolf Hitler in die Welt gekommen, noch mit seinem Ende 1945 aus ihr verschwunden.

Der zweite Punkt betrifft die Bedeutung des ideologischen Faktors für die Kriegführung Hitlers, jene zentrale Frage, die am Ende der Scheil'schen Untersuchung steht und auf deren Klärung letztlich der gesamte Text zugespitzt ist, die Gründe für jene Entscheidung, die schließlich Hitlers und Deutschlands weiteres Schicksal bestimmen sollte: der Angriff auf Russland vom 22. Juni 1941. Auch hier kann man Scheils Sichtweise zumindest in einem Punkt teilen. Schon vor einigen Jahren hat Bernd Bonwetsch zu bedenken gegeben, ob nicht „die ideologischen Motive für die Entscheidung zum Angriff auf die Sowjetunion“ in den deutschen zeitgeschichtlichen Darstellungen etwas zu viel Raum eingenommen hätten. Solches geschah ohne Zweifel, nicht zuletzt durch die Deutung des deutschen Faschismus wesentlich als ideologischen Antibolschewismus durch Ernst Nolte. Besonders wirksam im Hinblick auf die Rückspiegelung des Charakters der Kriegführung auf die Motive der Kriegsauslösung (man betrachte hier als Vergleichsfall Jugoslawien) war dessen häufig zitiertes ideologieschwangeres Diktum vom „ungeheuerlichsten Eroberungs-, Versklavungs-, und Vernichtungskrieg, den die moderne Geschichte kennt“, daneben auch die so genannte Stufentheorie Andreas Hillgrubers, aus deren Logik gleichfalls der Entschluss Hitlers zum Angriff vom 22. Juni 1941 ideologisch determiniert erscheinen musste.

Wenn Scheil sich gegen Letzteres wendet, möchte man ihm durchaus folgen. Auch in diesem Punkt hilft nur die Entscheidung für eine der beiden zentralen Positionen weiter, um Klarheit anzustreben und unscharfen begrifflichen Gemengelagen zu entgehen. War Hitlers Angriff auf seinen damaligen Bündnispartner Sowjetrußland das ideologisch-programmatische Ziel seiner Politik seit den zwanziger Jahren oder ein strategisches Mittel, um in der gegebenen Situation des Jahres 1941 den Krieg gegen England im Sinne seiner Vorstellungen zu beenden? Wenn Letzteres galt, war die ganze folgende antibolschewistische Öffentlichkeitsrhetorik nichts anderes als die nachgeschobene ideologische Ca-

mouflage der Kriegsentscheidung vom 22. Juni. Auch hier tendiert der Rezensent klar zur Letzteren, auf Bernd Stegemann zurückgehenden These, wobei eingeräumt sein soll, dass Hitlers althergebrachter propagandistischer Antibolschewismus ihm als ein überaus gelegenes Mittel zur nachträglichen Verbrämung einer gänzlich anders motivierten Situationsentscheidung zupass kam. Um eines klar zu stellen: so wenig man Äußerungen Stalins aus der Mitte der zwanziger Jahre zu den langfristigen strategischen Zielen des Sowjetstaates und der Kommunistischen Internationale gegenüber dem imperialistischen Lager für die Entscheidungen des Jahres 1941 als zentrale Handlungsgründe heranziehen kann, darf man umgekehrt jenes berühmte Kapitel 14 aus „Mein Kampf“ über „Ostorientierung oder Ostpolitik“ aus demselben Zeitraum für Hitlers Entscheidungsfindung im gleichen Jahr verwenden. Gerade in jenem Kapitel seines Buches hatte Hitler von Bismarck bewundernd als dem „Meister des Augenblicks“ gesprochen, der es ohne weiteres fertigbrachte, sich mit Italien gegen die deutsche Großmacht Österreich zu verbünden, um diese „besser erledigen zu können“, und dem es nie eingefallen wäre, sich in der Außenpolitik auf Dauer einer dogmatischen Bindung zu unterwerfen. Sein eigenes, auf derselben Linie liegendes Verständnis, wonach erfolgreiche Außenpolitik sich stets aus der Situation heraus ergäbe, hat Hitler besonders im Zusammenhang mit seinem Angriff auf Russland zur Genüge zu erkennen gegeben.

Mit dem 22. Juni 1941 wären wir bei jenem kritischen Punkt, der den meisten Widerspruch in der gesamten Argumentation des Autors herausfordert und dem im Folgenden die weitere Aufmerksamkeit geschenkt sein soll. Es ist die unter revisionistischen Autoren seit vielen Jahren so überaus beliebte Präventivkriegsthese, mit anderen Worten, die Behauptung, der deutsche Angriff sei einem fast zur gleichen Zeit, mit hoher Wahrscheinlichkeit für die erste Julihälfte 1941 geplanten sowjetischen strategischen Angriff zuvorgekommen.

Wenn wir einer Angabe Dmitrij Volkogonovs vertrauen dürfen, hat Sowjetaußenminister Molotov am Morgen des deutschen Angriffstages auf einer eilig einberufenen Politbürositzung im Kreml vom „Standardcharakter“ der deutschen Kriegsbegründung gegen sein Land gesprochen („Die formale Begründung ist dieselbe wie immer: das nationalsozialistische Deutschland hat beschlossen, einem in Vorbereitung befindlichen Angriff der Russen zuvorzukommen.“) In der Tat sollte man sich, bevor auf die Vorgänge im direkten Vorfeld der Operation Barbarossa einzugehen ist, im Lichte dieses Molotov-Zitats einmal die Geschichte von Gebrauch und Funktion der Präventivkriegsthesen des nationalsozialistischen Deutschland seit 1939 vor Augen führen. Der militärische Angriff auf Polen war bekanntlich, der offiziellen Lesart gemäß, ein „uns von Polen aufgezwungener Kampf zur Abwehr unerträglicher Übergriffe“ (so Hermann Göring vor dem Reichstag am 1. September 1939), mit dem einer von Polen angeblich seit langem geübten Sprache der Gewalt und militärischen Provokation durch „Zurückschießen“ die einzig mögliche Antwort erteilt werden musste. Als am 9. April 1940 deutsche Einheiten handstreichartig Dänemark und Norwegen besetzten, geschah dies allein zur Abwehr des „in Gang befindlichen bri-

tischen Angriffs auf die Neutralität Dänemarks und Norwegens“ (OKW-Erklärung vom Angriffstag), eines Angriffs, mit dem „Skandinavien von den Westmächten zum Kriegsschauplatz gegen Deutschland gemacht“ werden sollte (Diplomatisches Memorandum Hitlers vom selben Tag). Am 10. Mai d. J. trat die deutsche Wehrmacht zum Angriff im Westen unter klarer Verletzung der Neutralität Hollands, Belgiens und Luxemburgs an. Wie lautete die Begründung gemäß dem den Regierungen der überfallenen Beneluxländer überreichten Memorandum Hitlers? Es ging um nichts anderes als um die Vereitelung der angeblich zum Abschluss gelangten unmittelbaren Kriegsvorbereitungen der Westmächte gegen das Reich, jener „sorgsam vorbereitete und nunmehr unmittelbar bevorstehende Angriff gegen Deutschland im Westen, um über belgisches und niederländisches Gebiet nach dem Ruhrgebiet vorzustoßen“. Noch am 13. Oktober d. J. bemühte Ribbentrop in einem persönlichen Brief an Stalin, der die Einladung Molotovs nach Berlin enthielt, dieses Präventivkriegsargument für einen deutscherseits seit dem Oktober 1939 konkret geplanten und im Laufe eines guten halben Jahres an die zwanzigmal verschobenen Angriffs im Westen. Es sei gelungen, so der Reichsaußenminister, „dem beabsichtigten Vorstoß der englisch-französischen Armeen gegen das Ruhrgebiet [...] in letzter Stunde [sic!] durch die entscheidenden Siege unserer Armeen zu beugen“.

Auch der folgende Feldzug auf dem Balkan, der am 6. April 1941 mit der Kriegseröffnung gegen Jugoslawien begann, diente der Abwehr eines geplanten Angriffs britischer Kriegsbrandstifter („Der jetzt angegriffene Staat [...] ist das heutige Deutsche Reich!“) und einer „serbischen Regierungsclique“, die durch die angeblich angeordnete Mobilmachung unmissverständlich zu erkennen gegeben habe, „daß sie glaubt, an Stelle der friedfertigen Beziehungen zum Deutschen Reich die Gewalt setzen zu können“ (Hitlers Proklamation an das deutsche Volk vom 6. April 1941). Genauso war der Vorstoß gegen Griechenland unvermeidbar, weil es das Ziel des dortigen britischen Expeditionskorps (zum Zeitpunkt des deutschen Angriffs zwei australisch-neuseeländische Infanteriedivisionen und eine Panzerbrigade) gewesen sei, „Deutschland von Süden her anzugreifen, ihm eine Niederlage beizufügen und von hier aus wie 1918 den Krieg zu wenden“ (Reichstagsrede vom 4. Mai 1941). Selbst die militärischen Operationen des deutschen Afrika-Korps, von dessen Existenz die deutsche Öffentlichkeit erst Ende März 1941 erfahren durfte, dienten allein der Gefahrenabwehr gegen das britische Imperium, einer Gefahr, die mit der Einnahme Bengasis „durch das Zusammenwirken deutscher und italienischer Verbände gebannt“ sei, wie Hitler am 6. April d. J. öffentlich erklärte.

Im Sinne dieser Vorgeschichte stellt die Begründung des Angriffs auf die Sowjetunion vom Juni 1941 durch ein Präventivkriegsargument keine isolierte Erscheinung dar, sondern fügt sich nahtlos in eine Kette ständig wiederholter und allenfalls schwach modifizierter Präventivkriegsbegründungen ein. Der 22. Juni 1941 bildet gewissermaßen den Höhepunkt, man könnte sagen, die psychologisch-propagandistische Aufgipfelung dieses Standardmodells in Sachen Kriegsbegründung durch das nationalsozialistische Deutschland. Hitler gab sich

stets vor anderen als ein gegen seinen unerschütterlichen Friedenswillen durch intrigante und kriegsbegierige Mächte von einem Präventivkrieg in den nächsten Getriebener.

Von dieser Vorgeschichte scheint Scheil völlig unberührt zu sein, wenn er in den zentralen Kapiteln seines Buches auf rund 300 Seiten seine Leser von der Stimmigkeit der nationalsozialistischen Präventivkriegsthese für den Juni 1941 überzeugen möchte. Man könnte die in diesem Zusammenhang angeführten Argumente in drei Sachgruppen untergliedern: einen politisch-diplomatischen Teil, einen psychologisch-propagandistischen Aspekt und schließlich das rein militärische Moment.

Beginnen wir mit dem ersten Punkt. Hier insistiert Scheil auf einer Behauptung, die in der revisionistischen Argumentation spätestens seit Ernst Topitsch immer wieder aufgetischt zu werden pflegt. Sowjetaußenminister Molotov habe während seines Berlin-Besuchs Mitte November 1940, als der Nichtangriffspakt durch Moskau längst gebrochen gewesen sei (S. 240), gemäß den ihm von Stalin zuvor mitgegebenen Direktiven seine deutschen Gesprächspartner mit nahezu erpresserischen Forderungen brüskiert und dabei die im Vorjahr vereinbarten Abmachungen über die gegenseitigen Interessensphären für „überholt“, „erschöpft“ oder „erledigt“ erklärt, mit anderen Worten, einseitig aufgekündigt (S. 204, 291, 295). Was rechtfertigt eine solche Einschätzung, die Scheil neben anderen, eher ergänzenden Argumenten dazu dient, dem ganzen deutsch-sowjetischen Vertragsgeflecht die völkerrechtliche Grundlage abzuspochen, womit beide Seiten gegeneinander quasi freie Hand bekommen hätten? Stalin hatte in seiner erwähnten Direktive für Molotovs Berliner Gespräche unter Punkt 2 davon gesprochen, dass die Vereinbarung über die gegenseitigen Interessensphären vom Vorjahr durch die inzwischen eingetretenen territorialen Veränderungen „ausgeschöpft“ wäre, und benutzte dafür das russische Verb „iscerpat“, dessen Bedeutungshof von „völlig verbrauchen“ über „erschöpfen“ und „klären“ bis zu „erledigen“ reicht. Nachdem ihm Molotov am Abend des 12. November telegraphisch über sein erstes Gespräch mit Ribbentrop berichtet und dabei erwähnt hatte, dass er seinem Gesprächspartner gegenüber „die sowjetisch-deutschen Abkommen vom vorigen Jahr im Laufe der Ereignisse mit Ausnahme der Finnland-Frage [wo sich zum Unwillen Moskaus deutsche Truppen befanden] als *erschöpft*“ gekennzeichnet habe – das von Paul Schmidt angefertigte deutsche Gesprächsprotokoll vermerkt die Worte: „durch das Leben und die Ereignisse der letzten Zeit *überholt und erschöpft*“ –, reagierte der offenbar in Alarmstimmung versetzte Sowjetdiktator sofort. Umgehend schickte er ein Antwort-Telegramm nach Berlin und monierte in mahnenden Worten den „ungenauen Ausdruck über die Erschöpfung des Abkommens mit Deutschland“. Keinesfalls dürfe auf der deutschen Seite der Eindruck entstehen, die Sowjetregierung halte durch die Wahl einer solchen Formulierung, die ausschließlich auf das Zusatzprotokoll über die Abgrenzung der beiderseitigen Interessensphären bezogen sei, etwa den Nichtangriffsvertrag für erschöpft. Und tatsächlich scheint Molotov, wie dem deutschen Gesprächsprotokoll zu entnehmen ist,

gleich zu Beginn der zweiten Unterredung mit Hitler am 13. November im Sinne von Stalins Ermahnung die diesbezügliche Präzisierung vorgenommen zu haben. Dass der Sowjetaußenminister mit seinem hartnäckigen und kleinlichen Insistieren auf den Details der deutsch-sowjetischen Interessenabgrenzung in Europa dem in kühnen globalen Visionen einer gemeinsamen Aufteilung der „gigantischen Weltkonkursmasse“ des britischen Weltreichs, der „Eröffnung großer Perspektiven“ in einem „großasiatischen Raum“ und ähnlichen Luftschlössern schwelgenden Hitler, der den Russen bereits jetzt gönnerhaft rein asiatische Interessengebiete anerkennen wollte, die diese nie beansprucht hatten, „nervte“ und eine persönliche Verstimmung hinterließ, kann nicht verwundern. Hitler, der, sei es im kleinen Kreis oder in der organisierten Massenveranstaltung, seine Zuhörer mit ausufernden Monologen zu enthusiasieren gewohnt war, stieß in dem trockenen Apparatschik aus Moskau auf einen Menschen, der im wahrhaft doppelten Sinne des Wortes eine gänzlich andere Sprache pflegte als er. Aus Molotovs begrenztem Verständnis für eine großzügigere Auslegung der Einflussphärenabmachung wegen momentaner Kriegsnotwendigkeiten zugunsten Deutschlands und seinem nüchternen Realismus, die „großen Fragen des morgigen Tages von den Fragen des heutigen Tages und der Erfüllung der bestehenden Abmachungen“ abhängig zu machen (Molotov am 13. November 1940 in Berlin), eine provokatorische Erpressung erkennen zu wollen („de facto eine Selbstaufgabe Deutschlands gefordert“, S. 306), die Hitler keine andere Wahl als den militärischen Befreiungsschlag gelassen hätte, bedeutet eine nahezu ausnahmslose Übernahme der Hitlerschen Perspektive. Auf derselben Linie liegt es, Zumutungen im Hinblick auf die viel zu vage gehaltene Einflussphärenregelung vom August 1939 einseitig auf der sowjetischen Seite zu suchen. Schließlich war es Hitler, der in der zweiten Jahreshälfte 1940 sowohl seine Finnland- als auch seine Balkanpolitik einer einschneidenden Revision unterzog, in deren Verlauf Finnland, Rumänien und Bulgarien im Laufe weniger Monate praktisch zu Bündnispartnern Deutschlands gemacht wurden.

Der Eindruck, dass Scheil sich tatsächlich auf einer nahezu ausschließlich „führerzentrierten“ Linie bewegt, drängt sich auf, wenn man sieht, wie bedenkenlos er von Hitlers Auffassungen abweichende Urteile von Fachleuten, seien es die Diplomaten der deutschen Botschaft in Moskau oder die Experten der Ostabteilung des Auswärtigen Amts, abtut, um allein dem Urteil des Diktators die unbestrittene Sachkunde und Kompetenz zuzubilligen (S. 142, 292 f.). Ebenso tendiert er im militärischen Bereich, auch hier ganz der Linie Joachim Hoffmanns folgend, eher zu den Lageeinschätzungen des hitlernahen Wehrmachtsführungsstabes im OKW als zu den nicht selten differierenden Einschätzungen des OKH (S. 392 f.). Das überreiche Zitieren aus den Erinnerungen Joachim von Ribbentrops sowie den Aufzeichnungen seines Verbindungsmanns im Führerhauptquartier, Walter Hewel, tut in dieser Sache ein Übriges.

Natürlich fehlt auch bei Scheil nicht der besondere Hinweis auf jenen Tagebuch-Eintrag Georgij Dimitrovs vom 7. September 1939 (S. 231), vier Tage nach der Londoner und Pariser Kriegserklärung an das Deutsche Reich, womit

wir beim zweiten, dem psychologisch-propagandistischen Argumentationsteil angelangt wären. Besagter Eintrag betraf eine Unterredung, in der Stalin dem gegenüber seinen Funktionären in mächtige Erklärungsnoté geratenen Chef der Kommunistischen Internationale die höhere Logik und Weisheit des ideologisch so schwer verständlichen Paktes mit dem faschistischen Todfeind darlegen musste und dabei auf die alten weltanschaulichen Erklärungsmuster der zwanziger Jahre von der stets anzustrebenden Schwächung des imperialistischen Mächtelagers durch die Stimulierung seiner inneren Zwistigkeiten rekurrierte. Auf der Missachtung des besonderen Adressencharakters von vorbereiteten Äußerungen in bestimmten Kontexten beruht auch die gleichfalls in revisionistischen Kreisen so gerne angeführte Moskauer Rede Stalins vor den Absolventen der Militärakademien vom 5. Mai 1941, der man partout einen offensiv-kriegstreiberischen Charakter attestieren möchte. Stalin ging es dabei darum, seinem durch viele und rasche organisatorische Veränderungen verunsicherten jüngeren Offizierskorps Selbstbewusstsein und Vertrauen in die eigene Stärke einzupflanzen. Man vergleiche dazu den kraftstrotzenden Auftritt Adolf Hitlers im Berliner Sportpalast wenige Tage zuvor, am 29. April – die Wehrmacht war gerade in Athen eingezogen und hatte England eine demütigende Schlappe bereitet –, vor 9 000 Offiziersanwärtern und im Beisein der militärischen Führung. „Heute ist die deutsche Wehrmacht ohne Zweifel das gewaltigste Kriegsinstrument aller Zeiten, das jemals auf der Erde war“, hatte der „Führer“ seinem militärischen Nachwuchs zugerufen und dem die ominöse Andeutung folgen lassen, dass er und die Führung Entscheidungen treffen werden, „die der einzelne vielleicht nicht versteht“. Egal welche der überlieferten Textvarianten man heranzieht – wie vergleichsweise gemäßigt nahm sich Stalins rhetorische Retourkutsche vom 5. Mai vor einem ähnlich halböffentlichen Auditorium dagegen aus. Scheil missachtet auch hier den Kontext und urteilt einseitig wie apodiktisch: „Die Rede vor dem Offiziersnachwuchs diene der Einstimmung auf einen kommenden Krieg gegen Deutschland“ (S. 136).

An dieser Stelle erscheinen einige Bemerkungen zur Arbeitsweise des Autors und seiner Verwendungs von Quellen angebracht. Neben dem Umgang mit Letzteren ist bezeichnend, wie Scheil Zitate aus der Literatur oder aus Memoirenwerken verwendet, um sie für seine argumentativen Zwecke brauchbar zu machen. Stets geht es darum, aus ihnen eine zeitnah, ja unmittelbar drohende Gefahr durch Sowjetrußland abzuleiten, das bereits mittels konkreter Pläne die Sowjetisierung Deutschlands vorbereitet (S. 268, 297 f., 373). Ein Beispiel dafür liefert die Benutzung der Erinnerungen Vladimir Semenovs, des späteren Hohen Kommissars in der DDR und Sowjetbotschafters in Bonn (S. 263 f., 297 f.)

Tatsächlich – dies sei hier eingeschoben – hatte Stalin drei Tage nach der Ernennung Zukovs zum Chef des Generalstabs in den ersten Februartagen 1941 dessen Vorgänger Mereckov gegenüber erklärt, dass es wohl nicht gelingen werde, „uns bis 1943 aus dem Krieg herauszuhalten. Nicht ausgeschlossen sei jedoch, dass wir bis 1942 den Frieden erhalten könnten“. Darüber, wie Stalin sich dann den Kriegseintritt seines Landes vorstellte, ob in einer eher passiven oder

aktiven Rolle, isoliert oder im Rahmen einer Mächtekoalition, lassen sich keine seriösen Aussagen treffen.

Selbst der ansonsten vom Autor eher gescholtene Hillgruber wird zitatmäßig vereinnahmt, wenn es darum geht, Hitler durch die angeblich erpresserischen Forderungen Moskaus in die Zwangslage „eine[r] strategische[n] Kapitulation“ hineingetrieben zu sehen, aus der „der Angriff auf Russland im Rahmen des Gesamtkrieges in der Situation des Spätherbstes 1940 tatsächlich wohl unvermeidbar war, wenn Hitler nicht kapitulieren wollte“ (S. 292). Wer bei Hillgruber nachliest (Hitlers Strategie, S. 391 f.), wird den gänzlich anderen Kontext entdecken, in dem dieses Zitat steht. Auch lässt die Verwendung autobiographischer Zeugnisse durch den Autor einen reichlich unkritischen Quellenpositivismus erkennen; so benutzt er u. a. bedenkenlos die aus einer ziemlich dubiosen Pariser Quelle der fünfziger Jahre stammenden „Litvinov-Memoiren“.

Der letzte der Scheilschen Argumentationsstränge betrifft das militärisch-operative Gebiet und die Frage nach dem Charakter des vor allem seit Jahresbeginn 1941 auf beiden Seiten der Demarkationslinie so forcierten militärischen Aufmarschs. Da Scheils Gesamtargumentation, eigener Vorgabe gemäß, ja zielgerichtet und stimmig sein muss, weist, wie die zuvor behandelten Felder, auch dieser, und gerade dieser Aspekt selbstredend in eine eindeutige Richtung. Stalins Entschlossenheit, seine Ziele ohne Rücksicht auf die deutsche Diplomatie und das deutsche Militär zu erreichen (S. 296), für Scheil nichts weniger als die Sowjetisierung des europäischen Kontinents durch einen Stoß bis zur Rheinlinie (S. 257) oder weiter bis zum Atlantik, habe auf dem Wissen um „seine eigene strategische Überlegenheit und seine spektakulär überlegene Armee“ beruht (S. 296, ähnlich S. 299). Hitlers Angriff war demzufolge ein wirklicher Präventivkrieg, da nicht nur die objektiven, sondern auch die nötigen subjektiven Voraussetzungen vorlagen, denn der Nachweis, so der Autor, vom deutschen Wissen um eine sowjetische Überfallsabsicht auf Deutschland und dessen Verbündete, worauf der Angriffsbefehl vom 22. Juni 1941 gegründet habe, sei von ihm erbracht worden (S. 365, dazu weiter unten). Vielfache, von militärgeschichtlicher Seite vorgebrachte Einwände gegen die Kriegs-, insbesondere die Angriffsbereitschaft der Roten Armee zu diesem Zeitpunkt wischt Scheil mit penetranter Ignoranz und ätzender Polemik als „Verteidigungsstrategie williger Historiker“ (S. 293) oder „reine Apologie Stalinscher Außenpolitik“ (S. 260) beiseite. Argumente zu den Erfordernissen militärischer Funktionalität berühren ihn, der nur gebannt auf etatmäßige Zahlen starrt, überhaupt nicht; seine militärische Logik reduziert sich letztlich auf die Überzeugung, dass wo eine Armee steht, wenn es nicht gerade die eigene ist, auch ein Angriff droht.

Die deutsche Truppenkonzentration im Osten begann für ihn im Sommer 1940 als ein reiner Abwehraufmarsch mit großer Tiefenstaffelung und gehörigem Abstand zur Grenze, schlechthin „ein Beispiel dafür, wie ein politisch und militärisch defensiv gemeinter Truppenaufmarsch sinnvollerweise ausgerichtet sein muß“ (S. 389). In dem Maße, wie nun die Wehrmacht vor allem im Laufe des Frühjahrs 1941 mit verstärkten Kontingenten immer näher zur Grenze vor-

rückte – zu welchem Zweck eigentlich? – musste, so Scheil, der unterstellte russische Überraschungsangriff um so verheerender wirken und die deutsche Führung in steigende Sorge versetzen (S. 398), die schließlich zum Handeln zwang – ein wirklich verräterisches Argument. In diesem Zusammenhang barg der so genannte Žukov-Plan vom 15. Mai 1945 (zwei Tage nach dem Bekanntwerden von Rudolf Heß' England-Flug), seit gut einem Jahrzehnt das erklärte Lieblingskind der revisionistischen Argumentation, gewiss eine militärische Logik – einen zu einem Angriff strategischen Ausmaßes fähigen und als entschlossen erkannten Gegner zu einem Zeitpunkt seiner Noch-Verwundbarkeit, d. h. vor dem Abschluss seines Offensivaufmarschs, durch einen gezielten Präventivschlag zu treffen. Nun ist dieser „Plan“ nie autorisiert worden, trug, im Unterschied zu seinem Vorgänger, dem „Präzisierten Plan [russisch: utocennyj plan] ...“ vom 11. März d. J., den bezeichnenden Titel „Erwägungen zum Plan [russisch: soobrazenija po planu] eines strategischen Aufmarschs der Streitkräfte der Sowjetunion für den Kriegsfall mit Deutschland und seinen Verbündeten“ und war auch nur unter den Bedingungen einer Generalmobilmachung in Aussicht genommen, die Stalin, in Erinnerung an Hitlers Kriegs begründungen in den Fällen Polen und Jugoslawien, bis zuletzt verweigert hatte.

Für Scheil ist er selbstredend der letzte Beweis für eine sowjetische Überfallsabsicht ohne jegliche vorherige Aktion des Gegners, womit er die differenzierte Argumentation Ernst Topitschs verlässt (Offensivschlag erst nach einer deutschen Aktion, wegen der Bündnisfähigkeit gegenüber dem Westen) und praktisch die argumentative Linie Erich Helmdachs oder Joachim Hoffmanns bezieht. Während Letzterer immerhin noch Hitlers politische und wirtschaftliche Kriegsplanungen im Hinblick auf Russland in Rechnung stellte, interessieren diese Scheil offenkundig überhaupt nicht. Mit anderen Worten: ein Hitlerischer Präventivkrieg kam einem reinen Angriffs- und Eroberungskrieg Stalins gegen Deutschland zuvor.

Nochmals zurück zum militärischen Detail. Jene motorisierten Offensivkräfte der Roten Armee, die mit deutlichem Schwerpunkt im Kiever Besonderen Militärbezirk aus der zweiten operativen Staffel heraus gegen einen angreifenden Gegner antreten sollten, hatten gemäß der Direktive des Volkskommissars für Verteidigung an den Kiever Bezirksbefehlshaber vom 15. Mai 1941 einen klaren Auftrag: die „Durchbruchsabwehr [...] im Fall des Frontdurchbruchs feindlicher motorisierter Verbände in großer Zahl“. Letztere waren „durch kräftige konzentrische Stöße und Flankenstöße zusammen mit den Luftstreitkräften endgültig zu vernichten“, um „den Durchbruch abzuwehren“. Nur „bei günstigen Bedingungen“, so die Forderung des Volkskommissars, sollten „alle abwehrenden Truppen und Armeereserven“ bereit sein, nach vorheriger spezieller Weisung des Oberkommandos „Angriffsoperationen zur Zerschlagung der gegnerischen Gruppierung“ zu unternehmen, die Kampfhandlungen „auf sein Territorium zu tragen und günstige Abschnitte zu beziehen“. Der dieser Moskauer Auftragsdirektive gemäß vom Kiever Militärbezirksstab bis zum 25. Mai erarbeitete Aufmarsch- und Grenzdeckungsplan ist genauso wie die entsprechenden

operativen Deckungspläne der anderen drei westlichen Grenzmilitärbezirke (Baltikum, Minsk und Odessa) seit 1996 publiziert. Sie alle können in ihren vielen Truppendislozierungen, die bis zum 1. Juli d. J. realisiert sein sollten, nachvollzogen und einer Analyse unterworfen werden. Scheil scheint das alles entweder unbekannt oder unerheblich. Er konzentriert sich vielmehr darauf, den Beweis zu führen, die deutsche Seite hätte „die [offensiven] Planungen auf sowjetischer Seite präzise durchschaut“ (S. 391). Der Zweck dieser Behauptung, für deren Beleg die Erkenntnisse der deutschen militärischen Aufklärung kühn zurechtgebogen werden müssen, liegt auf der Hand und ist oben bereits erwähnt worden: die für eine Deutung von Barbarossa als Präventivkrieg notwendige subjektive Voraussetzung auf diesem Wege beizubringen. Hätte es konkrete Offensivplanungen im Sinne der deutschen Operationsplanung auch auf russischer Seite gegeben, man vergegenwärtige sich die Fülle der trotz aller Kriegsverluste erhalten gebliebenen deutschen Dokumente darüber, es müsste sich, schon aufgrund der stärker ausgeprägten Befehlstaktik innerhalb der Roten Armee, eine riesige Zahl entsprechender Dokumente auffinden lassen.

Am Ende aller Detaildiskurse auf den unterschiedlichsten Feldern, die hier nicht weiter fortgeführt sein sollen, nochmals zurück zur Kernfrage: Auf welcher der beiden Seiten war im Frühjahr 1941, und allein zu diesem Zeitpunkt – über hypothetische Szenarien der folgenden Jahre lässt sich trefflich fabulieren –, ein dezidiertes Kriegswille vorhanden? Scheil präsentiert uns immerhin eine klare Antwort: Er war allein bei Josef Stalin gegeben mit dem klaren politisch-ideologischen Kriegsziel einer Sowjetisierung Mitteleuropas, während Adolf Hitler nur von einer Idee beherrscht war: den ihm aufgezwungenen Krieg zu beenden und dem europäischen Kontinent Frieden, Wohlstand und Stabilität zu sichern. Wer dieser Logik folgen kann, ist bei Stefan Scheil wahrlich gut aufgehoben.

Dr. Manfred Zeidler, Böttgerstr. 2, 60389 Frankfurt am Main.



Staatsfeinde in Uniform? Widerständiges Verhalten und politische Verfolgung in der NVA, im Auftrag des Militärgeschichtlichen Forschungsamtes herausgegeben von Rüdiger Wenzke, Berlin 2005 (CH. Links Verlag), 642 Seiten.

Das Buch von Rüdiger Wenzke und seinen beiden Mitautoren Torsten Diedrich und Hans Ehlert „Staatsfeinde in Uniform?“ fragt nach einem bislang in der Geschichte der NVA nur am Rand thematisierten Problem: Waren jene Armeeingehörigen, die mit militärischen Normen und Anordnungen kollidierten, tatsächlich staatsfeindlich? Für welche Delikte wurden sie bestraft, wofür disziplinarisch oder gerichtlich belangt? Die Erforschung von widerständigem, oppositionellem und unangepasstem Verhalten in der Geschichte der DDR ist in den vergangenen Jahren weit vorangeschritten, die Angehörigen des zumindest quantitativ wichtigsten Instruments der SED-Sicherheitspolitik standen dabei nicht im Zentrum. Diesem Defizit wendet sich das Buch zu.

Diedrich, Ehlert und Wenzke, Mitarbeiter des Militärgeschichtlichen Forschungsamtes, untersuchen Ausdrucksformen eines „nicht normgerechten, politisch abweichenden Denkens, Handelns und Verhaltens“ von Armeeingehörigen, die deswegen politisch verfolgt, disziplinarisch gemaßregelt, juristisch belangt oder mit Parteistrafen belegt wurden. Dabei unterlassen sie bewusst jede „normative Einengung“ oder „ausgefeilte begriffliche Typologisierung“ der von ihnen dargelegten „Verhaltensformen und -erscheinungen“ (S. 7). Sie zielten darauf, sämtliche „Formen politisch widerständigen und nonkonformistischen Verhaltens“ zu erfassen, die von den Trägern der Macht als „politisch bedrohlich eingestuft“ wurden (S. 8 f.). Diese Option erscheint pragmatisch – und zugleich problematisch bei der Einlösung des Anspruchs, die Äußerungs- und Ausdrucksformen auch zu bewerten. Denn gerade das sachgerechte Urteil benötigt trennscharfe Analyseinstrumente, worauf aber die Subsumierung unter die gesamte Bandbreite von politisch motiviertem Widerstand bis hin zu sozialem Dissens verzichtet. Andererseits hatten sich die drei Autoren bei der Bearbeitung ihrer jeweiligen Themenfelder auf einheitliche Prinzipien zu einigen, um eine in sich geschlossene Publikation mit Monographiecharakter vorzulegen. Dies ist gelungen, die Autoren behandeln jeweils verschiedene Zeitabschnitte und können sich darum auf deren spezifische Problemlagen konzentrieren.

Wenzke steckt in der Einleitung den Rahmen der Untersuchung ab, darauf folgt der Beitrag Diedrichs, der sich den DDR-Streitkräften in ihrer Aufbau- und Konsolidierungsphase zwischen 1948 und 1968 zuwendet. Er beschreibt Widerstandsverhalten und politische Gegnerschaft innerhalb einer Armee, die anfangs den Status einer Freiwilligenarmee hatte, gleichwohl auf ausgeprägten Elementen von Zwang und Pressuren beruhte, und sich infolge von Mauerbau und Grenzschießung am 13. August 1961 zu einer Wehrpflichtarmee wandelte. Dies war in der Tat die einschneidende Zäsur für die NVA, denn erst Stachel-

draht und Schießbefehl ermöglichten die Durchsetzung der Wehrpflicht, darauf hatte zuvor wegen der außerordentlich hohen Anzahl von Republikfluchten unter männlichen Jugendlichen verzichtet werden müssen. Doch infolgedessen stellte sich der Militärführung nun umso dringlicher die Frage des Umgangs mit Wehrdienstverweigerern. Dem glaubte sie mit der Anordnung über die Einrichtung der Baueinheiten im September 1964 am besten zu entsprechen; den damit verbundenen Anachronismus ignorierte sie. Pazifisten wurden zum waffenlosen Wehrdienst in die Armee gepresst und innerhalb der Streitkräfte selbst entstand ein neues und dauerhaft nicht zu integrierendes Sicherheitsrisiko.

Bereits vor dem Mauerbau zeichnete sich mit dem Übergang von politischen zu überwiegend nichtpolitischen Motiven unter den Deserteuren an der Westgrenze, wie Diedrich nachweist, ein Wandel bei den Beweggründen von Widerstandshandlungen der NVA-Angehörigen ab. Danach kam in der Armee wie in der gesamten DDR jeder offene Systemwiderstand zum Erliegen. Doch die eigentlichen Ursachen für Desintegrationserscheinungen und Disziplinarverstöße wurden verkannt. Der primäre Bedrohungshorizont der Verwaltung 2000 des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS), die über die innere Sicherheit in den Streitkräften wachte, war von Anbeginn die „ideologische Diversion“ des westlichen Einflusses auf die Soldaten und Offiziere. Die Werbung für einen freiwilligen Wehrdienst erfüllte zu keinem Zeitpunkt die vorgegebenen Quoten. Mit der Wehrpflicht stiegen durch den Zustrom der wehrunwilligen Wehrpflichtigen in die NVA die potentiellen Risikofaktoren. Funkmedien galten als Einfallstor westlicher Ideologie und deren Empfang wurde ebenso kriminalisiert wie jeglicher persönliche Kontakt in den Westen. Aus der Herrschaftsperspektive handelte zwangsläufig jeder Grenzsoldat am „antifaschistischen Schutzwall“ staatsfeindlich, der vom „Klassenfeind“ eine Zigarette entgegennahm.

Wenzke untersucht die Periode zwischen 1968 und 1989, also zwischen dem „Prager Frühling“ und dem Fall der Mauer. Hätten sich deutsche Truppen erstmalig seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges im Rahmen einer kriegerischen Aktion auf fremdes Staatsterritorium begeben, wäre die Intervention der Truppen des Warschauer Pakts 1968 sicherlich nicht ohne gravierende Folgen auch für die NVA geblieben. Da dies unterblieb – den Verantwortlichen war die Brisanz der Situation offenkundig bewusst – waren die Auswirkungen des Geschehens in der Armee selbst weniger schwerwiegend. Das bedeutete aber keineswegs, dass die politische Führung die von der offiziellen Sprachregelung abweichenden Meinungsäußerungen toleriert hätte: Jede hörbare Kritik von Soldaten oder aus den Reihen der Offiziere wurde bestraft. Als „falsche Auffassungen“ von Angehörigen der Abteilung Militärwissenschaft im Ministerium für Nationale Verteidigung (MfNV) bekannt wurden (S. 225), endete das für diese Sympathisanten der reformsozialistischen Ideen mit disziplinarischen und beruflichen Konsequenzen.

In diesem Zusammenhang wird die Bedeutung der oben angesprochenen methodischen Unterlassung deutlich. Bei aller beeindruckenden Materialfülle dominiert die Beschreibung. So steht der Widerspruch ranghoher Offiziere aus

dem MfNV gegen Dogmen der SED, der das politische System keineswegs infrage stellte, neben der offenen Ablehnung der SED-Politik durch andere Armeeangehörige und der von ihnen angekündigten Verweigerung des Schusswaffengebrauchs. Der Leser würde gern mehr über die tatsächlichen Motive von Handlungen erfahren, die die Sicherheits- und Strafverfolgungsorgane als staatsgefährdend ansahen. Das fehlende analytische Instrumentarium erschwert die Differenzierung, Kategorien verwischen, die der Herrschaftsperspektive entstammenden Zuschreibungen besagen wenig über realen Widerstand und politische Opposition. Die Unterscheidung der willkürlichen politischen Verfolgung von der für jede Armee existenznotwendigen Ahndung der Disziplinverstöße wird gleichfalls unmöglich. Die so genannte EK-Bewegung war ein strukturelles soziales, kein politisches Problem und richtete sich ungeachtet anders lautender Auffassungen nicht gegen die „politische Ordnung“ (S. 283). In einem totalitären politischen System sieht manches so aus, als unterwandere es die Gesellschaft, und wirkt doch stabilisierend. Ebenso resultierten die Konflikte zahlreicher Berufssoldaten und Offiziere aus militärischen Abhängigkeitsverhältnissen und unmenschlichen Zwängen, die zu eskalierenden sozialen Missständen führten, deren Lösung die SED-Führung verhinderte, weil die Dinge nicht einmal bei ihrem Namen genannt werden durften. Waren Mitglieder der SED Staatsfeinde, wenn sie in Konflikten aus der Partei ausgestoßen wurden, weil sie anders als durch grob renitentes Verhalten oder durch Begehung von Straftaten die Zwangsinstitution NVA nicht verlassen konnten, in die sie sich freiwillig hineinbegeben hatten? Standen religiöse Pazifisten in den Baueinheiten und Antragsteller auf Ausreise, die gemeinsam gegen den erzwungenen Wehrdienst rebellierten, in gleicher Weise gegen den Staat?

Diese und andere Fragen werden nicht erörtert. Die empirische Beschreibung der Fälle von Befehls- und Wehrdienstverweigerung, von politischem Widerstand, Opposition und unangepasstem Verhalten stützt sich auf eine profunde Quellenbasis: auf schriftliche Hinterlassenschaften der Partei- und der Militärführung sowie ihres Spitzeldienstes. Doch nicht nur diese Archive, auch die der Bürgerrechtsbewegung enthalten Unterlagen zum Untersuchungsgegenstand, die weiterführende Aussagen zulassen. Obgleich die isolierte Betrachtung devianter Handlungen eine Analyse der politischen Herrschaftsmechanismen nicht ersetzt, haben die Autoren eine spürbare Forschungslücke geschlossen, indem sie Verweigerungsmuster problematisieren. Es stellt sich die Frage, ob sie staatsfeindliche Haltungen anzeigten oder Phänomene sozialer Desintegration, die unabhängig von der jeweiligen Politik auftreten. In der Wehrpflichtarmee als „totaler Institution“, einem von Erving Goffman in die Sozialwissenschaft eingeführten Begriff, auf den Wenzke hinweist, können sich wie in einem Mikrokosmos die gesellschaftlichen Erscheinungen des übergeordneten Sozialkörpers in einer besonders charakteristischen und ausgeprägten Form abbilden. Im Fokus eines solchen Analyserasters präsentiert sich die Nationale Volksarmee als Spiegelbild von Aufbegehren und Anpasstheit in der DDR-Gesellschaft. Wie diese war die NVA kein „Hort von Opposition und Wi-

derstand gegen das SED-Regime“. Auch wenn Quantifizierungen infolge einer lückenhaften Überlieferung nicht möglich sind, finden sich zahlreiche Beispiele von Menschen, „die mit kritischem Bewusstsein, Mut und Selbstbehauptung [...] ihrem Gewissen treu blieben“ (S. 19).

Das zeigt der Beitrag Ehlerts über jene Phase der DDR-Geschichte, in der die NVA zur Volksarmee wurde, indem sie den Einsatz von Gewalt gegen das Volk ablehnte. Er rundet die Beschreibung ab und skizziert die strukturellen Umbrüche innerhalb der NVA während der wenigen Monate zwischen Mauerfall und Ende der DDR. Die NVA war keine monolithische Institution der bedingungslosen Gehorsamsproduktion. Mit ihren bemerkenswerten Einblicken haben die Autoren nicht allein einen wichtigen Beitrag zur Erforschung der DDR-Militär-geschichte geleistet, sondern detailliert die Funktionsmechanismen der Repression dargestellt: Politische Verfolgung war nicht an die Motive der Betroffenen gebunden. Zwar fehlt eine abschließende Bewertung und Einordnung der Forschungsergebnisse in den Gesamtzusammenhang der NVA und ihrer Geschichte, dafür illustrieren die zahlreichen im Anhang abgedruckten Dokumente eindrücklich die Darlegungen. Das leserfreundliche Sach- und Personenregister gestattet die zielgerichtete Suche und die Nutzung als Nachschlagewerk, das zugleich jenen Tausenden ungenannten Armeeingehörigen ein Denkmal setzt, die für ihre Anpassungsverweigerung einen hohen Preis zahlten. Abbruch einer Ausbildungs- und Berufskarriere oder verhinderte Bildungschancen gehörten dazu wie Diskriminierung, Kriminalisierung und Freiheitsberaubung. Aus diesem Grund erfüllt die Publikation auch jenseits von wissenschaftlichen Interessen ein großes öffentliches Bedürfnis. Darüber hinaus verspricht eine weiterführende, auf den Kontext der DDR bezogene Perspektive neue und interessante Erkenntnisse über die Möglichkeiten der Verweigerung des Individuums in der Diktatur.

Dr. Thomas Widera, Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung e. V. an der Technischen Universität Dresden, D-01062 Dresden.